

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“

erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. in's Haus vierteljährlich 3,30 Mark, monatlich 1,10 Mark, wöchentlich 28 Pf. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit dem „Sonntags-Blatt“ 10 Pf. Postabonnement 3,30 Mark pro Quartal. (Eingetragen in der Postzeitungspreisliste für 1890 unter Nr. 892, V. Nachtrag.)
 Unter Kreuzband, täglich durch die Expedition, für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Insertionsgebühr

beträgt für die 5gespaltene Zeile oder deren Raum 40 Pf., für Vereine- und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Beuthstraße 3, sowie von allen Annoncen-Bureaus, ohne Erhöhung des Preises, angenommen. Die Expedition ist an Wochentagen bis 1 Uhr Mittags und von 3-7 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr Vormittags geöffnet.
 Fernsprecher: Amt VI. Nr. 4106.

Redaktion: Beuthstraße 2. — Expedition: Beuthstraße 3.

Ein vergessenes Manifest.

Die Meinungsverschiedenheiten, die kürzlich in der Partei über die Beteiligung der Partei und ihrer Vertreter an den parlamentarischen Kämpfen und Arbeiten laut wurden, riefen uns eine Rundgebung in's Gedächtnis, die vor jetzt genau 13 Jahren von den Delegirten der sozialistischen Arbeiterorganisationen Englands, Frankreichs, Belgiens, Dänemarks, Deutschlands — das durch Liebknecht vertreten wurde —, Oesterreich-Ungarns, der Schweiz und Italiens erlassen worden war.

Vom 9. bis 15. September 1877 war ein Allgemeiner Sozialistenkongress zu Gent abgehalten worden, dessen Verhandlungen zu jener Rundgebung der Vertreter der erwähnten Länder führte, zu einer Rundgebung, die heute wieder zu veröffentlichen sehr zeitgemäß ist. Denn gleich zwischen jener Zeit und heute die 12 Jahre deutliches Sozialistengesetz liegen, ist die allgemeine Situation doch so wenig verändert, daß jene Rundgebung ebenso gut heute erlassen sein könnte. Sie ist für alle Betheiligten gegenwärtig genau so maßgebend als damals, was nicht bloß die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie betrifft, sondern auch die Thätigkeit aller unserer Gesinnungsgenossen in den übrigen Ländern Europas auf's schlagendste beweist.

Noch mehr. Man kann mit vollem Rechte sagen, daß erst heute die Wirkung jener damals proklamirten Grundsätze in den meisten der beteiligten Länder zur Geltung kommt, so in Oesterreich, der Schweiz, Frankreich, England und Belgien.

Die Rundgebung von damals lautete:
 In Erwägung, daß die soziale Emanzipation von der politischen untrennbar ist;
 in Erwägung ferner, daß das Proletariat als selbstständige mit allen von den besitzenden Klassen gebildeten Parteien in Opposition stehende Partei organisiert, jedes praktische Mittel ergreifen muß, welches zur Befreiung aller seiner Glieder führen kann;
 in Erwägung, daß der Kampf gegen jede Klassenherrschaft weder lokal, noch national, sondern universell ist, und daß der Erfolg von der Verständigung und dem Zusammenwirken der Organisationen der verschiedenen Länder abhängt;
 haben die Delegirten des zu Gent tagenden allgemeinen Sozialistenkongresses beschlossen, daß sich die von ihnen vertretenen Organisationen in allen ihren ökonomischen und politischen Bestrebungen gegenseitig moralisch zu unterstützen haben.“

Nach zwei weiteren Sätzen, die sich mit der Bildung eines Bundesbureaus beschäftigen, das infolge der später eingetretenen Ereignisse nie in's Leben trat, fährt die Rundgebung fort:

„Wir verkünden die Nothwendigkeit der politischen Aktion als eines mächtigen Mittels der Agitation, der Propaganda, der Volkserziehung und der Gruppierung (Organisation).“

Die gegenwärtige Gesellschaftsorganisation muß gleichzeitig von allen Seiten und mit allen Mitteln, über die wir verfügen, bekämpft werden. Die Politik, die Gesetzgebung, die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten bilden eine dieser Seiten, und die Reform der Gesetze, die Entsendung von Sozialisten in die Parlamente, die Wahl-agitation, öffentliche Rundgebungen zur Erlangung ökonomischer, bürgerlicher Rechte, sind eben so viele Waffen, die es eine Thorheit wäre, in den Händen unserer Feinde zu lassen. Weg darum mit der politischen Enthaltung! In allen Ländern, wo die Arbeiter das Recht haben, an den Wahlen theilzunehmen, müssen sie sich als politische Partei konstituieren, um in die Parlamente und Gemeindevertretungen Delegirte zu schicken, und in den Ländern, wo sie das Wahlrecht nicht haben, müssen sie Alles ansbieten, um sich dieses Recht zu erringen.

Ist das Parlament nicht eine Tribüne, von welcher herab der sozialistische Abgeordnete zu dem ganzen Lande spricht, und so das Bürgerthum und die Arbeiter sich mit der sozialen Frage zu beschäftigen zwingt? Und die Wahlbewegung, die öffentlichen Diskussionen über die sozialistischen Kandidaturen — bringen sie nicht die soziale Frage vor die ganze Gesellschaft, selbst wenn der sozialistische Kandidat unterliegt? Und verdankt nicht die deutsche Sozialdemokratie wesentlich dem Umstande, daß sie auf allen Gebieten: dem der Politik, der Wissenschaft, der Oekonomie u. s. w. den Kampf führt, ihre großartige Organisation, die geistige Regsamkeit, durch welche sie sich auszeichnet?

Alle unabhängigen und denkenden Menschen wollen, daß die Unwissenheit auf immer ausgerottet werde, daß die Ungerechtigkeit und die Privilegien von dieser Erde verschwinden, daß Elend und Hunger nicht mehr das Loos derjenigen seien, welche arbeiten, und Wohlbefinden und Ueberfluß nicht mehr das Loos derjenigen, die nichts produzieren.

Wohlan, um zu dieser Lage zu gelangen, welche das große Ziel des modernen Sozialismus ist, müssen die lebenden Geschlechter — das ist ihre heilige Pflicht — die Hindernisse vermindern, die Schrauben, welche den Weg absperrten, niederwerfen und provisorische Einrich-

tungen, welche uns dem Ziele näher bringen, begründen oder annehmen.

Der Sozialismus soll nicht bloß eine reine Theorie, eine Spekulation über die wahrscheinliche Organisation der künftigen Gesellschaft sein, sondern er soll sein ein lebendes und reelles Wesen, soll sich kümmern um die tatsächlichen Bestrebungen, um die unmittelbaren Bedürfnisse, um die täglichen Kämpfe der arbeitenden Klasse gegen die Monopolisten des gesellschaftlichen Kapitals, welche auch die Monopolisten der gesellschaftlichen und staatlichen Gewalt sind.

Der Bourgeoisie ein politisches Vorrecht entreißen; bisher isolirte Arbeiter in Affoziationen organisieren; durch Arbeitsvereinigungen oder Gewerkschaften eine Verminderung der Arbeitsstunden erwirken — das heißt eben so gut an dem Bau der neuen Gesellschaft arbeiten, als wenn man tiefinnige Nachforschungen über die gesellschaftlichen Einrichtungen der Zukunft anstellt.

Mögen die Arbeiter, die noch nicht gruppiert sind, sich zusammenschließen und organisieren! Mögen die, welche bloß auf ökonomischem Gebiet organisiert sind, in die politische Arena herabsteigen! Sie finden dort die nämlichen Gegner, das nämliche Ringen, und jeder Sieg, der auf dem einen Kampfplatz erfochten wird, ist das Signal eines Triumphs auf dem andern.

Möge bei jedem Volke die Klasse der Enterbten sich als große, von allen Bourgeoisparteien scharf abgegrenzte Partei konstituieren, und möge diese sozialistische Partei Hand in Hand marschieren mit der sozialistischen Partei aller übrigen Länder!

Es gilt dem Kampfe um all' Eure Rechte, es gilt die Vernichtung aller Privilegien!

Proletarier aller Länder, vereinigt Euch!

So das Genter Manifest.

Was dasselbe, dessen eigentliche Urheber Marx und Engels sind, den Proletariern aller Länder als Richtschnur ihres Handelns für ihre soziale und politische Emanzipation empfiehlt, das hat die deutsche Sozialdemokratie auch in der schwersten Zeit des Sozialistengesetzes getreulich und unermüdet befolgt. Und dieser Taktik allein ist der Sieg zu danken, den sie über ihre Gegner, die Väter des Sozialistengesetzes und seine Handhaber, errungen.

Diese Taktik hat, begünstigt durch die gleichzeitig rapid vor sich gehende ökonomische Entwicklung, die Massen der Arbeiter ihr in die Arme getrieben, mit welchen sie zum Staunen der ganzen Welt, zum Schrecken ihrer Gegner und zur jubelnden Genugthuung der sozialistisch gesinnten Arbeiter aller Länder am 20. Februar d. J. aufmarschirte.

machte mich dann auch in der Ausführung meines Planes nicht wankend.

„Ich kann es vollständig begreifen,“ warf ich ruhig ein, „daß die Handlungsweise Gerhard's, besonders diejenige, welche mich hierherführt, bei den Eltern das lebhafteste Mißfallen wecken mußte und in gewissem Grade selbst ihre Herzen dem seinen entfremden konnte; gleichwohl aber glaube ich die Ueberzeugung aussprechen zu dürfen, daß die Gleichgiltigkeit der Eltern der Elternliebe weichen wird, wenn es gilt, dem Sohne zu helfen. Sie werden Ihrem Sohne, so viel in Ihrer Möglichkeit liegt, die Hilfe nicht versagen.“

„Niemand wird einen Menschen retten können, der sein Verderben selber sucht,“ klang es zurück. Dabei sank die Frau schwer in einen Fauteuil und lud mich ein, gleichfalls Platz zu nehmen. Ihr Blick irrte unruhig umher und mit zitternden Händen begann sie den Saum der kostbaren, aber stark besetzten Serviette, die den Tisch bedeckte, zu kniffen.

„Lange Zeit haben wir Gerhard gehoffen,“ fuhr sie mit wachsender Erregung fort. „Mein Mann zahlte zu wiederholten Malen seine Schulden, denn wir konnten nicht glauben, daß der Sohn es bis zum Neupfersten treiben würde. Glauben Sie mir, der Fall war für uns ein fürchterlicher Schlag gewesen! Gerhard von Rodensfels im Gefängnis! Unerbört!... Mich wundert in hohem Maße, wie ihn so nur jemand in Schutz nehmen kann. Wolte mein Mann persönlich nach Mittlau fahren und es verlangen, so würde Gerhard natürlich sofort freigegeben werden... Aber Oskar wird das nicht thun...“

„Sie täuschen sich, Madame,“ warf ich ein, „wenn das Herr von Rodensfels auch thun wollte, es würde nichts nützen. Das geht in unseren Zeiten nicht mehr an, daß ein Gefangener, und wäre er von noch so hoher Herkunft,

Eingetretene. Sie sah weder alt noch jung aus; sie war nicht häßlich, aber man konnte sie auch nicht schön nennen. Das glatt gekämmte Haar verbergte sie sorgsam unter einer eleganten Haube. Ihre blauen Augen waren ohne besonderen Ausdruck und um die schwammigen Lippen spielte ein gutmüthiges Lächeln, das zwei Reihen hübscher weißer Zähne blicken ließ. Sie erinnerte mich in ihrem Auftreten und in ihrer Erscheinung an eine kleinstädtische Professors-Gehernmittlerin; nur schien sie noch etwas mehr Etiquette zu beobachten.

„Dr. Ernst Stockeran ist Ihr werther Name, mein Herr?“ fragte sie in einem Tone, aus dem eine gewisse hastige Reugier sprach.

„In dienen, Madame,“ bejahte ich mit einer abermaligen Verbeugung; und um allen weiltäufigen Einleitungen und weiteren Mißverständnissen vorzubeugen, fügte ich hinzu: „Was mich hierher führt, ist die Angelegenheit des Herrn Gerhard von Rodensfels, dessen gerichtlicher Beistand ich bin.“

Bei diesen Worten färbte sich ihr Antlitz mit dunkler Röthe.

„Die... Angelegenheit... Gerhard's?“ — stotterte sie, mit der Hand an die Lehne des Fauteuils sich stützend. „So ist es, Madame; ich komme im Interesse Ihres Sohnes.“

„Nicht hob sie lebhaft den Kopf in die Höhe und warf mir einen flammenden Blick zu.“

„Gerhard von Rodensfels,“ versetzte sie mit vor Erregung bebender Stimme, „ist nicht mehr unser Sohn. Wir haben nur einen Sohn, Lothar von Rodensfels.“

Diese Einwendung kam mir nicht ganz unerwartet und

Feuilleton.

Verloren!

Aus den Papieren eines Rechtsanwaltes.
 Von Casimir Kaneman.

In den Bügen des jungen Hausherrn malte sich eine schliche Verlegenheit. Allem Anscheine nach hatte die Familie Ursache, sich vor Jedem zu fürchten, der mit Geschüchtern und Behörden bekannt war; nicht, daß sie sich eines Vergehens schuldig gemacht, das strafrechtlich verfolgt werden konnte, sondern in Angelegenheiten der Oekonomie des Hofes. Der junge Mann suchte seine Verlegenheit mit einem feinen Bistattstud zu verschleiern, mit dem er mit einer gewissen Hast über die Stirne fuhr, wobei mir ein starker Parfümduft auflog.

„Ach so!“ sagte er, „Sie sind ein Advokat; es führt Sie also wahrscheinlich ein Geschäft mit meinem Vater herüber?“

Raum hatte er diese Worte ausgesprochen, öffnete sich abermals die Thür und in den Salon rauschte eine wohlbeleibte, aber lebhaft in Schwarz gekleidete Dame herein. Bei ihrem Eintreten athmete Lothar wie von schwerer Last befreit auf; er sprang eifrig von seiner Chaiselongue auf und sagte halb zu mir, halb zu der Dame gewendet:

„Meine Mutter, Herr!“

Während ich mich verbeugte, betrachtete ich flüchtig die

Und wie bereits in diesem Manifest von 1877 von den Delegierten aller damals in Gent vertretenen Ländern die Taktik der deutschen Sozialdemokratie als mustergerichtig und nachahmenswerthes Beispiel hingestellt wurde, so ist sie es bis heute geblieben. Dies hat nicht nur der Erfolg der Partei auf dem vorjährigen internationalen Kongress zu Paris bewiesen, das zeigt auch die Thätigkeit, die heute unsere Gefinnungsgenossen in allen vorgeschrittenen Kulturländern Europas und in den Vereinigten Staaten entwickeln.

Die Eroberung der politischen Macht ist das Alpha und Omega nach dem jede Klassenbewusste Proletarierbewegung streben muß. Und da eine solche Eroberung nicht das Werk eines Moments oder einer Ueberrumpelung sein kann, sondern durch zähe, ausdauernde Arbeit und allseitige geschickte Benutzung der Umstände errungen sein will, so müssen auch alle Wege und Mittel, die zum Ziele führen könnten und einen Schritt ihm näher bringen, ergriffen und angewandt werden.

Die bürgerliche Gesellschaft ist eine Macht, die noch mit tausend und tausend Fasern im Boden wurzelt; sie ist gleich einer ungeheuren Festung, der unzählige Hilfsmittel zu ihrer Verteidigung zur Verfügung stehen, und eine Armee, die eine solche Festung im Sturm glaubt einnehmen zu können, würde man als aus lauter Unzurechnungsfähigen bestehend betrachten.

So wenig eine Gesellschaft von heute auf morgen entstanden ist, so wenig läßt sie sich auch von heute auf morgen aus der Welt schaffen. Aber die Pfaffen ihrer Auflösung und ihrer schließlichen Aufhebung werden in demselben Maße beschleunigt und verkürzt, wie von allen Seiten ihre gänzliche Unzulänglichkeit, ihre Unhaltbarkeit und ihr Widerspruch mit den allgemeinen Kulturinteressen den Massen zur Erkenntnis und zum Bewußtsein gebracht werden.

Diese Erkenntnis im großartigsten Maßstab zu befördern, dieses Bewußtsein in der ganzen Arbeiterklasse zu erwecken, ist die große agitatorische und emanzipatorische Aufgabe, welche die Sozialdemokratie zu erfüllen hat.

Korrespondenzen.

Zürich, 6. September. In der unmittelbar bevorstehenden außerordentlichen Session der Bundesversammlung wird die Zollpolitik den hauptsächlichsten, vielleicht auch den einzigen Verhandlungsstoff bilden. Dabei bilden die landwirtschaftlichen Zölle das Hauptmoment. Einflußreiche Politiker, der Bundesrat und vor allem ein Teil der schweizerischen Landwirthe sind für eine beträchtliche Erhöhung der Zölle auf Getreide, Wehl, Obst, Eier, Fleisch, Vieh, Butter u. s. w.; für einzelne dieser wichtigsten Volksernährungsmittel sollen die Zölle verdoppelt, ja mehrfach vervielfacht werden. Ähnlich wie in Deutschland die relativ kleine Zahl der junkerlichen Agrarier und anderer Großgrundbesitzer die wiederholte Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle durchzusetzen verstanden und zwar unter allerlei demagogischen Umtrieben, so bildet auch in der Schweiz die kleinste unter den vielen und bedeutenderen landwirtschaftlichen Vereinigungen, die „Gesellschaft schweizerischer Landwirthe“, der noch nicht einmal 200 Mitglieder angehören — die jedoch besser situierte Grundbesitzer sind — die treibende Kraft in der neuen Zollkampagne. Bereits in der letzten Juni-Session lag die bezügliche Materie der Bundesversammlung vor, allein man kam nicht zu deren Erledigung. Dagegen bildete sich schon damals aus den Reihen der Parlamentarier heraus eine „Liga gegen die Lebensmittelvertheuerung“, welche das neueste Zollprojekt befehdete. Seitdem ist nun in den Kreisen der organisierten Arbeiterschaft, welche die bevorstehende Gefahr erkannte, eine ungemein lebhafteste Protestbewegung gegen die Zollerbhöhungen entstanden und unter dem Einflusse dieser Bewegung haben nun die Mitglieder erwählter Liga, der Ständerath Cornaz und die Nationalräthe Bachenal, Franellon, de Stoppioni und Curti einen langen Aufruf in der Presse an das ganze Volk erlassen, in welchem zu einer Delegirtenversammlung, welche am 14. September in Olten stattfinden soll, eingeladen wird, um, wie das Initiativkomitee mit Recht sagt, den organisierten Schutzvollnern eine organisierte Opposition entgegenzustellen. In dem Aufrufe heißt es u. a.: „Unsere Kleinbauern, welche die große Mehrheit der ländlichen

auf Verlangen eines Einzelnen ohne Weiteres aus der Haft entlassen werden kann.“

Der Ausdruck einer Beleidigten zeigte sich in den Zügen der Frau Elisabeth von Rüdde-Rodenfels.

„Nun, ein Jeder hat seine Meinung,“ lautete ziemlich schroff ihre Antwort. „Ich bleibe für mich bei der Ueberzeugung, daß ein adeliger Gutsbesitzersohn nur deswegen nicht freigelassen wird, weil seine Eltern es nicht verlangen, wenn sie sich nicht gegen die Einsperrung auflehnen. . . . Sollten wir wirklich,“ sagte sie hinzu, „schon solche Zeiten haben, in denen Herkunft und hoher Stand nicht mehr respektirt werden? Wäre dies auch der Fall, so hätte dann immer noch das Geld wenigstens seinen Werth und seinen Einfluß nicht verloren. Wäre es uns daran gelegen, Gerhard von der Haft zu befreien und von der Strafe zu erlösen, unsere Lage würde uns, gottlob, noch gestatten, das nöthige Geld dazu aufzutreiben. Wir sind indessen weit von der Absicht entfernt, wegen eines mißrathenen Kindes uns einzuschränken oder gar zu ruiniren, zum Nachtheil derer, die sich besser aufgeführt haben.“

„Auch mit dem Gelde,“ dämpfte ich diesen prohigen Stolz, „würden Sie Herrn Gerhard nicht helfen können. Das Geld schützt Keinen, der wegen eines Kriminalvergehens angeklagt ist, vor Strafe.“

„Wie können wir dann,“ rief sie und ihre Wangen färbten sich immer tiefer, „wie können wir, wenn wir so vollständig ohnmächtig sind, wie Sie sagen, dem Erbarmlichen anders bestehen? Ich wüßte wahrlich nicht, was wir noch thun könnten? Sollten wir vielleicht für ihn unsern zweiten Sohn in's Gefängniß stecken lassen oder austreuen, er sei unschuldig? . . . Ihre Bereitwilligkeit, Herr Doktor, den Sohn retten zu wollen, ist ja lobenswerth, inbessnen sind wir auf das Schlimmste schon vorbereitet. Wird Gerhard verurtheilt, dann hat er es nur sich selber und Niemand sonst zuzuschreiben. Verurtheilen Sie und Ihre Kollegen ihn nur, wie Sie es für gut finden. . . .“

Aus den letzten Worten erkannte ich, daß die Mutter, gleich ihrem unglücklichen Sohne, die Bedeutung meiner

Bevölkerung bilden, erzeugen für ihren eigenen Bedarf nicht genügend Korn und da sie während eines Theils des Jahres genöthigt sind, das Mehl zu kaufen, kann dessen Vertheuerung nicht in ihrem Interesse liegen. In gleichem Maße würden aber auch die kleinen Handwerker unserer Städte und Dörfer, welche neben ihrem Berufe ein Stück Land bebauen, von einer Erhöhung der Einfuhrzölle betroffen, denn auch sie konsumiren mehr Getreide, als sie produziren. Und ebenso ist unsere Milchindustrie, welche jährlich an kondensirter Milch, Käse u. s. w. für mehr als 45 Millionen ausführt, ganz besonders dabei interessiert, daß die Einfuhr fremder Produkte mit nicht zu hohen Zöllen belegt werde, damit ihr nicht das Ausland eine gleiche Behandlung widerfahren lasse.

Unter der Herrschaft des Tarifs vom Jahre 1851 bedeuteten die Zolleinnahmen für eine Familie die 1500 Fr. Jahreseinkommen hatte, im Durchschnitt eine Steuer von 12,66 Fr. und bei einem Jahreseinkommen von 2500 Fr. eine solche von 22,45 Fr. Durch den heutigen Verbrauchtarif, welcher das Ergebnis der Handelsverträge ist, hat sich die erst genannte Ziffer schon mehr als verdoppelt, sie wurde auf 28,36 Fr., die zweite auf 45,58 Fr. erhöht. Diese Summen, welche man von Familien bezieht, die auf einen sehr genauen Haushalt angewiesen sind, werden in manchen Theilen der Schweiz und besonders an der Grenze überschritten. Wahrscheinlich, man darf sich fragen, welcher Kanton oder welche Gemeinde es wagen möchte, die Bevölkerung in dieser Weise zu besteuern. Würden aber erst die Zollerbhöhungen gutgeheßen, welche die Schutzvöllner vorschlagen, so wären damit diesen bescheidenen Haushaltungen, welche 1500 Fr. oder 2500 Fr. zu verbrauchen haben, jährliche Kontributionen von 75 Fr. oder 125 Fr. auferlegt. Gewiß müßten diese Ziffern, welche den neuesten amtlichen Altentänden entnommen sind, Jedermann die Augen öffnen.

Die Erhöhung der Einnahmen aus den Zöllen ist für viele eidgenössische Politiker zum unfehlbaren Schlagwort geworden und um dieses Ziel jedoch einigermaßen zu verschleiern, wird von Schutz der Landwirtschaft geredet, von einem Schutz, den sie in der That bereits in ausreichendem Maße genießt.

Da es in der Schweiz in den letzten Jahren wiederholt vorgekommen ist, daß die „ehrlichen und loyalen Arbeitgeber“ verachten, den Arbeitern ihr heiliges Koalitionsrecht weg zu eskamotiren, so hat der Basler Arbeiterbund den Gedanken erörtert, ob es nicht zweckmäßig wäre, einen Gewerkschaftskongress sämtlicher gewerkschaftlich organisierten Arbeiter einzuberufen. Der Arbeiterbund ist nun dahin gelangt, ein bezüglisches Rundschreiben an alle Arbeiterorganisationen zu erlassen. Die „Arbeiterstimme“ ist jedoch der Meinung, daß der praktische Werth eines solchen Kongresses nicht im Verhältnis zu den Kosten stehe.

In Lausanne haben 1000—1100 Maurer und Bauarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden verlangen die zehnstündige Arbeitszeit, eine Lohn-erhöhung und Feststellung des Arbeitslohnes bei Beginn der Arbeit. Die Arbeiter haben die Herren bereits drei mal zu Verhandlungen eingeladen, das prohige und hochmüthige Kapitalistenthum hat es jedoch abgelehnt, mit den von ihm so maßlos ausgebeuteten Proletariern zu verhandeln. Dagegen hat ein Baumeister den Wohnungsmiethern in einem seiner Häuser brieflich aufgefordert, einen bei ihm in Logis befindlichen Streikenden aus demselben zu verweisen. Der klassische Brief ist in der „Arbeiterstimme“ publizirt und lautet: „Geehrter Herr! Ich glaube bemerkt zu haben, daß Sie eine Schlafstelle an einen gewissen Coda vermiehet haben. Derselbe ist Cementarbeiter bei meinem Kollegen Maffera.“

Da dieser Mensch an der Spitze der Streikbewegung steht, so will ich ihn um keinen Preis unter einem meiner Dächer dulden und ersuche Sie deshalb, ihn sofort wegzuschicken.

Sie hätten sich nach Artikel 4 des Miettsvertrages richten sollen, dann wäre Ihnen diese langweilige Geschichte erspart geblieben.

Achtungsvoll
Ch. Picot.

Zur Charakterisirung dieses unverfähten Picot wird aus Lausanne geschrieben: „Dieser Picot ist einer der Aktionäre eines Leihhauses, gegen welches auf Betreiben der Arbeiterschaft Staatsuntersuchung eingeleitet und das wegen Hehlerei bestraft wurde. Dennoch giebt die Polizei seinem Aufseher einen eigenen Schutzmann u. s. w.“ Das ist die Moral der Ordnungssäulen und der Ordnungsborgane! Dazu paßt sehr gut die Meldung, daß die Waadtländische Regierung vom Bundesrathe militärische Hilfe — nach berühmtem Muster — verlangt, damit aber abgewiesen worden sein soll.

New-York, 29. August. Der Streik der Knights an der N.Y. Centralbahn ist noch immer das Hauptereigniß im Lande. Obwohl die Bahnverwaltung steif und fest behauptet, genügend neue Leute zur Verfügung zu haben, ist es eine von allen Interessenten wohl beachtete Thatsache, daß der Personenzug-Verkehr mangelhaft ist, der Frachtverkehr aber fast gänzlich still liegt. Neuerdings heißt es, daß die Bahnverwaltung den Konstanten Meldung gemacht, in der nächsten Zeit keine dem Verderben durch Lagerung ausgelegte Fracht mehr annehmen zu wollen.

Stellung nicht kannten. Auch sie hielt mich für einen Richter!

„Ich habe über Ihren Sohn, Madame, kein Urtheil zu fällen; im Gegentheil besteht meine Aufgabe als amtlicher Vertheidiger darin, ihn nach Möglichkeit vor dem Gerichte zu vertheidigen und alle die Momente geltend zu machen, welche für seine Entlassung sprechen. Wenn ich mir die Freiheit genommen habe, hierher zu kommen, so geschah es, Sie um Ihre Hilfe hierbei zu bitten, und ich wage es an, die Gefühle der Mutterliebe und der Blutsverwandtschaft zu appelliren. Ermöglichen Sie mir Madame, dem Unglücklichen mit freudlichem Trost zur Seite zu stehen, ihn dem freien Leben zurückzugeben. Gerhard ist leichtsinntig gewesen; noch fast ein Kind, war er in seinem erregbaren Charakter zu weit gegangen und hat schwer gefehlt; er hat dadurch vielleicht das, was die Menschen ein ruhiges, begabtes, geistiges Leben nennen, auf immer verschert, — aber können Sie ihn deshalb erbarmungslos von sich weisen, verdammen? Wollen Sie ihm jede Hilfe versagen, ohne die er in Elend und Trübsal verkommen muß?“

In den Augen der Mutter perlte eine Thräne, gegen die sie augenscheinlich kämpfte, bis sie auch im weinerlichen Ton die Frage herauspreßte:

„Nun, was können die Eltern für Gerhard thun?“

Ich schilderte ihr nun in kurzen Zügen, welche Rolle in der Geschichte ihres Sohnes eine gewisse Schröbter, die Besitzerin eines Wirthshauses in Mitlau gespielt habe. Als ich auf das Medaillon zu sprechen kam, schlug die Frau in die Hände und lachte wild auf:

„Hörst Du, Lothar, der unglückselige Bursche hat sein Medaillon verkauft; Du trägst das Deine an der Uhrkette. Diese Medaillons — wandte sie sich wieder an mich, — sind theure Andenken. Mein Cousin, der Kammerherr von Dornesegg, hat sie als Rathengeschenk aus Paris mitgebracht. Dornesegg gehört zu einem alten Adel und er war in unsern Kreisen sehr geschätzt und geliebt. . . . Und nun hat der tolle Bursche auch dieses Andenken an den Kammerherrn verkauft! Nein, das ist doch wirklich unerhört! . . .“

„Ich begreife gar nicht, liebe Mutter,“ fiel Lothar ihr

Die ganze vorige Woche war die allgemeine Aufmerksamkeit auf die Verhandlungen der Beamten derjenigen Eisenbahnenorganisationen gerichtet, die nicht zum Orden der Knights gehören. Die schon im vorigen Briefe erwähnt, waren die Beamten zur Entscheidung der Frage zusammenberufen worden, ob ein „Sympathietheil“ für die Knights stattfinden sollte oder nicht; die Verhandlungen fanden in Terre Haute im Staate Indiana statt.

Spaltenlange Berichte wurden täglich von den Blättern über die Ausfichten für und wider gebracht; es hieß, daß die Mitglieder des „Supreme Councils“ Name für die gemeinsame Sammlung der Beamten jener Organisationen, welche sich in einen Föderativverband befinden, hohe Altentände unter den Händen hätten, mit denen sie sich einen ganzen Tag eingeschlossen allerlei Gerüchte über „private“ Aussagen einzelner Mitglieder dieses Komitees mußten ebenfalls zur Fällung der Streitfrage dienen, und schließlich wird, unter einem Wust schöner Sympathie-Phrasen, der Beschluß verfaßt, daß ein Sympathietheil nicht stattfinden könne, weil ein Paragraph des Nebenkommens zwischen den zur Föderation gehörenden Organisationen einen solchen nur für eine der letzteren zulasse.

Und um das festzustellen, werden die großen Reise- und Reisekosten für ein halbes Duzend Beamte gemacht und das Publikum eine ganze Woche sozusagen zum Narren gehalten. — Jetzt hört man nachträglich, daß der Exekutivbeamte der Heizer-Union, Samuel schon in New-York das Resultat vorausgelagt habe; dies stimmt auch mit dem ersten Bericht, nachdem Sargent eine geheime Unterredung mit dem Bahndirektor Webb gehabt; doch wurde darauf das direkte Gegenheil berichtet.

Es ist unter solchen Umständen erklärlich, daß Gerüchte tauchen, wonach sowohl Sargent wie das Exekutivmitglied der Weichensteller-Organisation, Sweeney, mit dem angeführten Passus des Statuts hier hinter dem Berge gehalten, die Bahnverwaltung zu animiren, es sich „etwas zu lassen“, um die Weiden zu einer Entscheidung über die Knights zu veranlassen. — Bei dieser Gelegenheit wird auch eine alte Geschichte ähnlicher Art angeführt; ein früheres hervorragendes Mitglied des Ordens der K. o. L. Namens Barry erinnert nämlich daran, daß er bei dem großen Streit an den Eisenbahnen des Südens eine gewisse Person in New-York 100 000 Dollars dafür habe, daß er ihm mittheile, wenn der Streit beigelegt sei, so viel heißen will, daß B. diese Summe verdienen könne, er die Beilegung herbeiführe. Er habe dies abgelehnt, Tags sei aber Powderly nach New-York gereist, habe Unterredung mit der betreffenden Person gehabt und einen Tag darnach den berüchtigten Uras erlassen, durch den der Streit beendet erklärt wurde. — Veranlassung, daß damals solcher Scheidung vielfach Glauben geschent wurde (was ja auch der ersten Anjos zu der Gründung separater Organisationen Eisenbahnarbeiter gab), hatte B. freilich mit jener durch Berechtigten und erklärlichen Handlungsweise genügend Schuld aber, daß solche Dinge resp. Gerüchte überhaupt möglich sind, haben die „konserativen“ Arbeiter selbst, welche freilich auf das verzichten, was andere Arbeiter in erster Linie halten; das Selbstbestimmungsrecht in allen wichtigen Angelegenheiten. Eine Lehre haben sie aus den damaligen Vorkommnissen nicht gezogen; auch in den neuen Organisationen ist die Entscheidung in den wichtigsten Dingen einigen wenigen Personen in die Hand gegeben. — Ueber die Entlassung der Ordnungsglieder seitens der Bahnverwaltung hieß es erst, dieselbe erfolgt, weil die Knights gemeinsame Sache mit den Streikenden machen, welche eine Regelung im Frachtwesen erst dann wurde aber auch gesagt, daß mehrere der gemauerten Mitglieder des Ordens zu einem Komitee gehört hätten, bei den Legislatur-Mitgliedern des Staates New-York bei der Schaffung eines Gesetzes thätig war, das die Korporationen zur wöchentlichen Zahlung der Löhne verpflichtete. (Für die Unternehmer besteht ein solches Gesetz schon). Der Bahndirektor Webb dagegen erklärte, die Leute seien wegen Trunkenheit ordentlichen Betragens und dergleichen entlassen worden, so größer ist die Entrüstung auch in Nichtarbeiter-Kreisen, er eine bezügliche Untersuchung durch das Staatsgericht in kurzer Hand zurückwies. Eine solche soll aber — wenn's ist — dennoch stattfinden; dem Staatschiedsgericht ist das gesetzliche Recht gegeben und kann dasselbe Zeugen vernommen und so weiter. Der Präsident der Lokomotiv-Union, welcher von Powderly bezüglich des Verhaltens der Union über den Streikenden angefragt worden war, antwortete zwar nicht, erklärte aber auf eine — angebliche — Anfrage Mitgliedes der Union, daß letztere nur für sich selbst zu sorgen und sich um anderer Leute Sachen nicht zu kümmern hätte, mit solchen antebulwianischen Anschauungen stimmte die Masse der Unionmitglieder überein! Da sieht's also noch aus! — Dieser Präsident einer Arbeitervereinigung übrigens nicht nur werthvolle Grundstücke nebst erblichen Kapitalchen in Besitz haben, sondern auch der New-Yorker Centralbahn als Aktionär stark betheiligte sein. Sowohl in der N.Y. Central-Labor-Union — welche von Central-Labor-Föderation kürzlich als nicht „bona fide“ Arbeiter-Organisation erklärt wurde — sowie in einigen anderen Organi-

in's Wort, „weshalb Du Dich so sehr darüber wunderst Gerhard hat ja immer viel Geld gebraucht. Er würde mir nur ein Medaillon, sondern seine eigene Eltern vererbt haben, wenn er das gefommt hätte, um mit seinen Geschwister ein flottes Leben führen zu können. Ich habe ihm am Vor seiner herrlichen Leistung im Städtchen Igesprochen, hat mir damals noch sein Medaillon gezeigt, das er verkaufen wollte, wie er sagte, um eine Reise antreten können. So hat er es denn wirklich verkauft und oben noch einen Spielgenossen um's Leben gebracht, um ihn in Baarschaft zu stellen. . . .“

„Lothar!“ wies halb schluchzend die Mutter den Sohn an. „Ich bitte, rege Dich nicht so auf!“

Wenn ich noch irgend welche Zweifel über die Würdigkeit der Aussagen Gerhards gehabt hätte, so wären diese nunmehr nach diesen Worten seines Bruders vollständig geschwunden sein.

„Herr Gerhard“, sagte ich etwas strengen Tones hat jenen Menschen, den er im Streit erschlagen, nicht geraubt. Das Geld, welches bei seiner Verhaftung aufgefunden wurde, war der Erlös jenes Medaillons. Und ich glaube, wenn der Vater oder die Mutter mit dieser Wahrheit sich verhandigen wollte —“

„Und was sonst noch? . . . Wo denken Sie hin, Herr rief die Herrin in einem Tone, der nicht eben sanft gemeint werden kann. „Ich sollte mich mit einer solchen Person einlassen? Nein, nein, das ist doch etwas zu viel verlangt.“

„Dann würde vielleicht Gerhards Vater diese Streikhegen und sich zu diesem Schritt entschließen können, wenn ja dadurch der Wahrheit und Gerechtigkeit zum Siege verhelfen und den Sohn zu retten.“

„Sie irren, Herr Doktor!“ mischte sich jetzt Lothar in das Gespräch und der junge Mann ging dabei hastig auf und nieder. „Sie irren, der Vater wird diesen Schritt allemalstenfalls thun, denn er will von Gerhard gar nicht mehr wissen. Und dann. . .“

Er stand still und sah erst auf seine Mutter, dann wieder auf mich.

(Fortsetzung folgt.)

... hat man sich das kleine Spätschick gemacht, eine Resolution zu beschließen, welche verlangt, daß der Charter (Vertrag) der Zentralbahn annulliert und dieselbe verstaatlicht werde. Es wird dabei auf ein Vorkommnis aus früherer Zeit verwiesen, als in einem gleichen Falle der Gouverneur des Staates New-York die Bahnverwaltung vor sich zitierte, sie für verstaatlicht erklärte, die Verhaftung aber auf einen Tag hinausgeschob, um den Herren Zeit zu geben, sich mit den streikenden Arbeitern zu verständigen; was denn auch geschah. Dies geschah im Jahre — 1832! — Es scheint, daß die guten Leute in der U. S. A. oder besser gesagt diejenigen, welche das Ding ernst nehmen, keine klare Ahnung davon haben, daß heute die Verhältnisse wesentlich anders, ja umgekehrt liegen. Heute sind nicht nur die Herren Staatsgouverneure, sondern sogar der Präsident samt seinem Ministerium, die Richter und Obergerichte, die großen Geldhaisse, die sich Alles kaufen können, auch die Majoritäten in den Legislaturen. Und wenn letztere auch hin und wieder durch das Drängen der Farmer, Kleinbürger und Arbeiter gezwungen sind, dem „Volke“ etwas zu bieten — dem herrschenden Mißgeschick wird deshalb doch nicht wehe getan. Wir haben dies lehrreich gesehen, mit dessen Nachhaken der Oberstaatsanwalt in höchstgehener Person konfizierte, um Mittel und Wege anzufinden, wie das betreffende Gesetz zu umgehen sei! — Dessen, der erste Direktor der Zentralbahn, welcher sich auf einer „Ferienreise“ in Europa befindet, hat auf an ihn gerichtete telegraphische Anfragen geantwortet, er halte es nicht für nötig, seine Ferien zu unterbrechen; er keine seine Kollegen — die übrigen Bahndirektoren — seit Jahren und habe vollkommenes Vertrauen zu deren Vorsicht, Weisheit und Gerechtigkeitsgefühl! Wie man doch Worte mißbrauchen kann!

Die Lokomotivführer an einer Bahn im Südwesten gerathen vielleicht in dasselbe Dilemma, wie die Knights an der New-Yorker Zentralbahn. Es sind nämlich vier ihrer hervorragenden Mitglieder ohne ersichtlichen Grund entlassen worden, womit, wie man glaubt, das Vorgehen gegen die Organisation eingeleitet ist. Da die Herren Lokomotivführer „prinzipiell“ gegen Streiks sind (sie verdienen 5 Dollars täglich), so ist die Sache für sie sehr unangenehm — wenn es nicht bei den vier bleibt!

Politische Uebersicht.

In der famosen Broschüre und Projekt „An die Arbeiter Deutschlands“ erhalten wir folgende Aufklärungen: Als vor drei Wochen die Ankündigung der Broschüre in den Zeitungen erschien, hatte es damit seine volle Wichtigkeit, wenigstens soweit es sich um das Projekt handelte, auch das Manuskript war fertig und der Verfasser hatte den Plan für eine recht wirksame Verbreitung seines Werkes vorzüglich ausgearbeitet. Nur eines fehlte noch, die staatliche Unterstützung zur Herstellung der halben Million Exemplare; und ohne Geld konnte doch der schaffensfreudige Autor sein Manuskript nicht drucken lassen! — Leider aber hatte derselbe seitens der Regierung einen „vorläufig ablehnen“ Bescheid erhalten, worauf der Autor dadurch auf den Minister einen Druck auszuüben suchte, daß er der Presse die Nachricht zugehen ließ, der Welfenfonds habe seine Schleißen für die Broschüre bereits geöffnet. Damit freilich hatte sich der Herr noch mehr verrechnet, denn nun erfolgte schon wenige Tage darauf die definitive Ablehnung jeder Unterstützung aus staatlichen Mitteln. Nun blieb natürlich dem Autor nichts anderes übrig, als sein Werk auf eigene Kosten drucken zu lassen; er kürzte dasselbe mit einigen starken Strichen ab und ließ den Rest als kleines Flugblatt zusammenstellen, von dem er vorläufig einige Abzüge an die hiesige Presse verfanbte. Zwar hatte er allerdings noch schnell mit zwei Freunden eine Kommission für die Verbreitung sozialpolitischer Flugblätter gegründet, deren Statuten die Polizei auch genehmigte. — Im Uebrigen wartet der Herr den Erfolg seines „Auftrufes“ ab; der Satz ist stehen geblieben, und wenn sich jetzt der Welfenfonds oder ein anderer hemittelter Gönner bereit findet, so können von dem Aufsatze noch die 500 000 Abzüge hergestellt und am 1. Oktober vor den Fabriken vertheilt werden. Und mit so lässlichen Spekulationen will man die Sozialdemokratie bekämpfen!

An dem Partheitag in Halle werden auch mehrere Vertreter der österreichischen Sozialdemokratie als Gäste theilnehmen.

Die Börsenberichte der Zeitungen veröffentlichen wieder Geschäftsabschlüsse von Aktiengesellschaften über das abgelassene Geschäftsjahr, die recht respectable Entbehrungsabläufe für die armen Kompanonschneider nachweisen. Die Wismar-Hütte hatte einen Gewinn von 871 920,24 M. gegen 444 948,89 M. im Vorjahre und vertheilt infolge davon diesmal 19 pCt. Dividende gegen 14 im Vorjahre. Die Dortmunder Union hat nach Abzug der General-Ankosten und Zinsen einen verfügbaren Ueberschuß von 5 159 209 M. erzielt und vertheilt nach sehr bedeutenden Abschreibungen in Höhe von 2 800 000 M. und der Ueberschreibungen von 700 000 M. an den Reservefonds noch eine Dividende von 4 pCt. Die Aktien-Fabrik Neuwerk vertheilt 12 pCt., die Aktiengesellschaft für Pappvertheilung 12 pCt., die Aktiengesellschaft für Pappfabrikation zu Berlin 7 pCt. Dividende, dagegen gewähren die Hagenener Gußhüttenwerke 10 pCt., die Fabrik Besigheim 6 pCt.

Die Sammlungen, welche jetzt von gewisser Seite für ein Bismarckdenkmal gemacht werden, rufen uns die früheren Sammlungen für einen Bismarckfonds oder eine Bismarck-Spende in's Gedächtniß zurück. Der famose „Ottopfennig“ sollte, nach Meinung der meisten Veranstalter und Geber, für irgend ein Denkmal, oder irgend eine gemeinnützige Stiftung verwandt werden. Bekanntlich kam die Sache aber anders. Fürst Bismarck ließ sich den größten Theil der gesammelten Gelder zu seinem persönlichen Vortheil schenken, bestimmte den Ueberschuß für eine von ihm zu verwaltende Stiftung, aus welcher verdiente Patrioten, namentlich Lehrer, für ihre patriotischen Leistungen belohnt werden sollten.

Es würde gewiß ein öffentlichen Interesse sein — und darum haben wir die Sache angerührt — wenn Fürst Bismarck, der sich die Verwaltung jenem Fonds vorbehalten hat, endlich eine Abrechnung gäbe. Wer ist aus dem Fonds unterstützt worden? Und für welche Leistungen? Die Beiträge zu jenen Fonds waren bekanntlich keine ganz freiwilligen. Beamten, Arbeiter, und sonstigen Personen in willkürlichen Stellungen wurde die Entrichtung eines Beitrags gewissermaßen amtlich, oder halbamtlich zur Pflicht gemacht — um so mehr Recht hat das Publikum, auf Abrechnung zu dringen.

Gelogen wie — gehandelt. Schon einige Male haben wir Proben von dem blühenden Ansehen gegeben, der sich in Gestalt von Kabel-Telegrammen, die über Vorgänge innerhalb

der deutschen sozialdemokratischen Partei berichten, in der nordamerikanischen Presse vorfindet. Das Stärkste scheint uns aber doch folgende, einem amerikanischen Blatte wortgetreu entnommene Depesche zu lauten:

„Eine neue Taktik? Berliner Janhagel gegen Sozialisten aufgegeben. — Er bekommt Haue.“

Berlin, 21. Aug. Nach Schluß der großen Volksversammlung der Sozialdemokraten in der Friedrichshain-Bräuerei (wovon gestern berichtet) gab es stürmische Szenen. Die Versammlung zog sich bis nach Mitternacht hin. Außerhalb derselben hatte sich der Berliner Lumpenpöbel angeammelt und störte die Verhandlungen mehrmals, indem er Einlaß begehrte. Dies wurde ihm verweigert. Nach und nach wuchs der Mob so an, daß die Straßen in der Umgebung unpassierbar wurden. Man schätzte, daß gegen 10 000 der Roubies zugegen waren. Die Polizei verhielt sich ihnen gegenüber ganz passiv. Als sie diese Stärke erlangt hatten, gingen sie zum Angriff über, brachen den Zaun ein und drangen in das Grundstück. Sie wurden jedoch von den Sozialisten warm empfangen und berart verhalten, daß sie die Flucht ergriffen. Jetzt erst mischte sich die Polizei ein. Reitende Polizisten ritten in die Massen hinein und wurden mit Steinwürfen empfangen. Die Polizisten zogen die Säbel und verletzten eine Anzahl Leute.

Die Geschichte ist sehr heiter, hat aber auch eine ernste Seite. Die nordamerikanische Arbeiterpresse setzt nämlich mit wenigen Ausnahmen ihren Feiern diesen Blödsinn ebenfalls vor.

Die neue Fronde. Die „Kölnische Zeitung“ läßt sich versichern, daß nicht bloß die Großindustriellen von Rheinland-Westfalen, sondern auch in Sachsen von einer „gewissen Verstimmlung“ bedrückt seien, wenn man auch noch aus patriotischen Gründen möglichst lange mit öffentlichen Kundgebungen zurückhalten werde. — Es sind doch gute Leute und brave Patrioten, diese sächsischen Nationalliberalen, welche dem Fürsten Bismarck nachtrauern.

Italienischer Hamburg. Herr Crispi, der italienische Ministerpräsident, wird jetzt hauptsächlich die soziale Frage lösen, und zwar genau nach den Grundfäden Lassalle's. — Dies ist die frohe Botschaft, welche heute von den ministeriellen Blättern verländet wird. Der Thatbestand ist hierbei folgender: Die Regierung hat die Abfindung eines Zirkulars an alle staatlichen und kommunalen Behörden beschlossen, in welchem diese aufgefordert werden sollen, bei jeder Vergabung öffentlicher Arbeiten die Produktiv-Genossenschaften der Arbeiter als Bewerber zuzulassen und ihnen vor den Privat-Unternehmern den Vorzug zu geben. Es sollen dazu genaue Normen aufgestellt werden, welchen Bedingungen die Genossenschaften zu genügen haben, um in dieser Weise vom Staat Arbeiten und Aufträge zu erhalten. Dergleichen sollen alle im Auslande angestellten diplomatischen und konsularischen Vertreter Italiens dazu angehalten werden, diesen italienischen Arbeiter-Assoziationen auch im Auslande Aufträge zu verschaffen. Das Beispiel hierzu ist bereits in Griechenland gegeben, wo Herr Crispi mit der ganzen Macht seines staatlichen Einflusses für die in Rom bestehenden Genossenschaften die Ausführung bedeutender Arbeiten in Thessalien zu verlangen suchte. Dieser Fall ist deshalb zu erwähnen, weil in derselben Weise sehr bald auch in Deutschland bei größeren Erdarbeiten und Kanalbauten die italienischen Arbeiterassoziationen als Bewerber auftreten dürfen. In Griechenland also hatte die Kammer eine Vorlage angenommen, nach welcher in Thessalien mehrere Stämme trocken gelegt und zwei Flüsse kanalisiert werden sollen, deren Kosten auf beinahe fünf Millionen Franks (4 Millionen Mark) berechnet wurden. Bei der Substitution wurde die Ausführung der Arbeit einem Unternehmer in Thessalien, Namens Stamatopoulos, für 4 1/2 Millionen Franks übertragen. Am demselben Tage aber, wo diese Entscheidung getroffen wurde, erschien in Athen ein italienischer Ingenieur, Namens Marlese, und verlangte unter dem Bestand des dortigen italienischen Gesandten ebenfalls zur Submission für die hydraulischen Werke in Thessalien zugelassen zu werden. Man wies ihn zuerst ab, aber er ließ immer wieder zu den verschiedenen Ministerien, er zeigte lange Empfehlungsschreiben Crispi's und erbot sich schließlich, die Herstellung der gesammelten Arbeiten für 3 1/2 Millionen zu übernehmen. Dieser Herr Marlese aber war Niemand anderes als der Beauftragte der Produktivgenossenschaft der Erdarbeiter in Rom, der direkt von der Regierung nach Athen geschickt war, um dort die Arbeiter in Thessalien für diese Genossenschaft zu gewinnen. Dem griechischen Ministerpräsidenten, der als ein großer Rechenmeister gerühmt wird, leuchtete auch in der That diese in Aussicht gestellte Ersparnis von einer Million Franks ein, und, obgleich sich in ganz Griechenland ein Sturm der Entrüstung dagegen erhob, erklärte er die Uebertragung der Arbeiten an Herrn Stamatopoulos für ungültig und schrieb eine neue Submission aus, nachdem er selbst die Arbeiten für den Preis von 3 1/2 Mill. hatte veranschlagen lassen. Bis jetzt ist die Sache zwar noch nicht entschieden, aber es ist klar, daß kein griechischer Unternehmer die Arbeit für diese Summe leisten kann, und daß deshalb die italienische Genossenschaft den Zuschlag erhält; Crispi aber wird dann den Arbeitern Italiens triumphirend zeigen können, was er für sie getan hat.

Das Ganze läuft natürlich auf ein Wahlmandat hinaus, welches seinen Höhepunkt in der Verherrlichung der Genossenschaftswesen finden wird, welche in Gestalt der sogenannten Arbeiter-Ausstellung (der Expositione Operaria) in Turin vor sich gehen soll. Diese Ausstellung wird am 20. oder 23. September eröffnet werden und ein Bild alles dessen geben, was bisher in Italien auf dem Gebiete der Selbsthilfe und Staatshilfe für Arbeiter geschehen ist. Alle „arbeiterfreundlichen“ Fabrikbesitzer und Industriellen sollen ihre Arbeiter-Wohlfahrtsanstalten vorführen, alle Genossenschaften sollen ihre Statuten und Hochschätzungsberichte einreichen, alle städtischen Gemeinden, die bisher etwas für die Arbeiter getan haben, sollen Modelle der Werke, der Arbeiterhäuser und ähnlicher Einrichtungen der Öffentlichkeit zeigen. Zugleich sollen von allen Genossenschaften Kommissionen entsandt und ein allgemeiner italienischer Arbeiter- und Genossenschaftstag abgehalten werden. An der Spitze des Ausstellungs-Komitees steht ein regierungsfreundlicher Abgeordneter, und auch viele andere Vertreter der bürgerlichen Parteien haben ihr Erscheinen zu diesem Kongress zugesagt. Es ist auch bereits verklärt worden, daß jener Ministerialerlaß betreffend die Zulassung der Produktivgenossenschaften zu den öffentlichen Arbeiten am Tage der Eröffnung dieser Arbeiter-Ausstellung bekannt gegeben werden soll. Vielleicht entschließt sich Herr Crispi auch noch, einige verunglückte Proletarier aus der Provinz mit anzustellen. Lassalle'sche Grundzüge haben mit diesem großartig organisierten Schwindeln natürlich nichts gemein.

Wie die Konsumenten geschoren werden. Die deutschen Eisenwerke fordern, seitdem die Verwaltung in Elberfeld den Preis von 12 1/2 M. pro Tonne Stahlschienen zurückgewiesen hat, bei den Verbindungen durchweg rund 145 M. Angebote aus England, Belgien und Frankreich, wo Schienen gegenwärtig erheblich billiger sind, laufen nicht ein. Es wird nun behauptet, daß die deutschen Fabrikanten den fremden Werken für ihr Fortbleiben eine bestimmte Abgabe von jeder Tonne entrichten; indeß ist das noch nicht beweiskräftig konstatiert. Noch auffällender ist folgendes: In derselben Zeit, in welcher den deutschen Eisenbahnverwaltungen 145 M. pro Tonne abgenommen werden, hat der Bohrunder Gußstahlfabrik in Rumänien 11 000 Tonnen Stahlschienen pro 128,80 Frk. frei Galatz angeboten und ist Uebereinstimmend geblieben. Nach der „Hamb. Bör.-S.“ beträgt die Frucht von Bohrunder nach Galatz etwa 25 M., so daß sich der Preis ab Werk rund 80 M. stellt. Oder: die deutschen Eisenindustriellen nehmen für dieselbe Waare, die sie den Rumänen zu 80 M. verkaufen, den deutschen Eisenbahnverwaltungen 145 M.

ab, also 65 M. mehr! — So äußert sich der Patriotismus der Bourgeoisie!

Öffentliche Schankwirtschaften zeitweise auch ganz zu schließen, hat das Oberverwaltungsgericht die Polizeibehörden für berechtigt erklärt auf Grund des berühmten § 10, Theil 2, Titel 17 des Allgem. Landrechts, aus welchem seit neuerer Zeit bekanntlich auch die weitgehenden Befugnisse der Polizeibehörden hergeleitet werden. In diesem Paragraphen wird es allgemein als ein Amt der Polizei bezeichnet, Anstalten zu treffen, um die öffentliche Ordnung, Ruhe und Sicherheit aufrecht zu erhalten und Befahren von dem Publikum wie dem Einzelnen abzuwenden.“ Die Entscheidung betrifft Maßnahmen des Landrats zu Waldenburg in den Tagen des vorjährigen Arbeiter-Ausstandes.

Die Leipziger Polizei hat, wie man uns mittheilt, das Gewerkschaftsstatut bereits unter ihre väterliche Fürsorge genommen und es für einen politischen Verein erklärt. Damit ist den optimistischen Auffassungen derjenigen ein Ziel gesetzt, welche sich eingebildet hatten, die Leipziger Polizei wolle einmal zur Abwechslung einen liberalen Anlauf nehmen.

Thatsächlich ist das Gegenheil der Fall, und der 1. Oktober wird in Leipzig wie in ganz Sachsen ein beträchtlich vermehrtes Polizeibüro auf den Beinen finden. Nun, zum Glück sind die Sozialdemokraten so gut diszipliniert, daß der, von den nervösen Gesellschaftstänzen und Reitern so sehr gefürchtete Tag ohne Ruhestörungen vorübergehen wird.

Aus Sachsen, den 8. September wird uns geschrieben: Das ungünstige Wetter der letzten Zeit, das nicht nur kolossalen Schaden durch die furchtbaren Gelbüberschwemmungen verursacht, hat auch der Ernte gewaltigen Eintrag getan. Insbesondere ist in vielen Theilen des Landes auch die Kartoffelernte, von deren Ausfall im Erzgebirge und in der Lausitz soviel Wohl und Wehe der Arbeiterfamilien abhängt, stark in Frage gestellt. Die Knollen sind sehr wässrig und nicht selten ungenießbar, auch zeigt sich die Fäule. Zu diesem Uebel, das für unsere arme Arbeiterbevölkerung ein sehr großes ist, gesellt sich die immer weiter um sich greifende G e s c h ä f t s s t o c k u n g. Namentlich sind es die Spinnereien und mechanischen Webereien, die schwer darunter leiden. In der Abtheilung für mechanische Webstühle in der Sächsischen Maschinenfabrik zu Chemnitz, früher Rich. Hartmann, wird seit längerer Zeit nur halbe Lage gearbeitet. Auch in den Dresdener Pianofortefabriken liegt die Arbeit sehr darnieder, und nur ein kleiner Theil der sonst beschäftigten Arbeiter ist mit Arbeit versehen. Viele andere Branchen klagen ebenfalls. In einer Menge der verschiedensten Fabriken sind Arbeiterentlassungen oder Verkürzung der Arbeitszeit wegen Mangel an Aufträgen an der Tagesordnung. Zu der Arbeitslosigkeit und dem mangelnden Verdienst kommt aber eine beständige Vertheuerung der Lebensmittel und verschlimmert die Lage sehr bedenklich. Allem Anschein nach gehen wir einem bösen Winter entgegen, denn es sind gar keine Ausflüchte vorhanden, daß die wirtschaftliche Lage sich bessert, wohl aber wird sie sich noch erheblich verschlechtern.

Großbritannien.

Im Hafen von Southampton, wo gegenwärtig ein Dockarbeiterstreik ausgebrochen ist, scheint es zu Unruhen gekommen zu sein. Es liegt darüber zunächst der einseitige Bericht des „S. T. V.“ vor:

Southampton, 9. September. Die streikenden Dockarbeiter verurtheilten heute Abend große Unruhestörungen, indem sie die Nichtunionisten angriffen und jeden Vorkehr mit den Dockshindern. Da die Polizei sich gänzlich machtlos erwies, so wurde ihr ein halbes Bataillon Infanterie aus Portsmouth zu Hilfe gesandt. Die Soldaten wendeten, um die Ansammlungen der Streikenden zu zerstreuen, zunächst eine Feuerspritze an, wurden aber von den Arbeitern mit Steinen beworfen, worauf alsdann mehrere Bajonetangriffe gemacht und dabei mehrere Personen verwundet wurden. Außerdem wurden 1 Lieutenant und zwei Soldaten durch Steinwürfe schwer verletzt.

London, 8. September. In seiner Schlussitzung sagte, wie nachträglich mitgeteilt wurde, der Gewerkschafts-Kongress in Liverpool Resolutions zu Gunsten einer sofortigen Organisation der landwirthschaftlichen Arbeiter, der Vogelfütterung aller non-unionistischen Handwerker verfertigten Waaren, der Ausschließung der Berichterstatter solcher Zeitungen von den Kongress-Verhandlungen, welche Nichtunionisten als Seher z. beschäftigen, einer Vermehrung der Zahl der Bergwerks-Inspektoren und einer Abänderung des Handelsfahrtschiffgesetzes, dahingehend, daß die Mitwirkung von Matrosen an der Lössung der Ladung ihrer Schiffe ungesetzlich sein solle.

Dänemark.

Kopenhagen, 9. Septbr. Bei den Wahlmännerwahlen zum Landsting siegte in fünf Kreisen die Rechte, in vier Kreisen die Opposition und wird darnach Kopenhagen im Landsting voraussichtlich durch vier von der Rechten, zwei Sozialdemokraten und einen von der Linken vertreten sein, gegen sieben von der Rechten im bisherigen Landsting. In den übrigen Städten hat, soweit bisher bekannt, die Rechte gesiegt.

Frankreich.

St. Etienne, 10. September. Erregte Kundgebungen bei dem Begräbnisse der Verglantz, die infolge ihrer bei der Explosion erhaltenen Verwundungen gestorben sind, werden erwartet. Bedrohend für den Grad der Aufregung, die sich der Bevölkerung bemächtigt hat, ist es, daß eine große Zahl von Frauen und Kindern während der ganzen Nacht vor der Einsahrt zur Grube stand und auf das Hinausschaffen von 150 Leichen wartete, die einem falschen, aber hartnäckig geglaubten Gerüchte gemäß in der Grube verschüttet sein sollten.

Balkanländer.

Ueber die Bestrebungen und Kämpfe der rumänischen Genossen schreibt Konstantin Mills in der Wiener „Arbeiter-Zeitung“:

„In einigen Wochen werden in ganz Rumänien die Kommunalwahlen stattfinden. Die Bulare Arbeiterpartei hat sich ans Werk gemacht und lebhaft für diese Wahlen propagirt. Das konnte der Regierung, für welche der Bulare Gemeinderath sehr viel bedeutet und den sie nicht verlieren darf, will sie nicht selbst an Kraft verlieren, nicht gefallen. Unfähig uns durch eine Gegenagitation zu bekämpfen, entschloß sie sich, mit Hilfe der Polizei die Arbeiter zu „beruhigen“. Zu diesem Zwecke hatte nun die Polizei eine Bande Individuen aufgenommen, sie mit Knütteln ausgerüstet und sie in die Arbeiterversammlungen geschickt, um die friedlich versammelten Leute zu mißhandeln und durch Terrorismus das Versammlungsgewicht illusorisch zu machen. Die Leute aber sind feige wie ihre Auftraggeber, und trauen sich nie nur in kleinen Versammlungen anzugreifen, wo sie uns an Zahl überlegen sind. In Laufe der letzten Wochen sind wir zweimal von ihnen angegriffen. In einer der letzten Versammlungen wurden 20 Arbeiter von diesen Pseudo-Polizisten auf das schwerste von ihnen mißhandelt.“

Das Lokal, dessen Eigentümer Einer der Unfrigen ist, wurde zerstört und ausgeplündert; damit nicht genug, wurden die mißhandelten Arbeiter auf die Polizei geschleppt und eingesperrt, während die Unruhestörer frei ausgingen. Diese Heldenthat der Polizei hat aber das Gegenheil von dem bewirkt, was sie bewirken sollte; unsere Freunde wurden um so eisiger und die Propaganda eine um so lebhaftere. Die

Polizei, während über ihren Mißerfolg, griff jetzt zu einem anderen Mittel.

Dienstag, den 20. August d. J., brachen 10 mit Knütteln bewaffnete Individuen in das Redaktionslokal unseres Blattes „Munca“ („Die Arbeit“) ein, in welchem außer dem Redakteur, Genossen Ruschoni, nur noch zwei Arbeiter zugegen waren und mißhandelten diese auf bestialische Weise. Um das Maß von Feigheit voll zu machen, versperrten die Polizisten gleich nach dem Eindringen der „Batanschi“ in das Redaktionslokal die Thüre desselben von außen, so daß Niemand den mißhandelten und verzweifelt nach Hilfe rufenden Freunden zu Hilfe kommen konnte. Nachdem die „Batanschi“ unsere Freunde auf die bestialischste Weise mißhandelt hatten, suchten sie das Weite und am Platze verblieb nur die um Ruhe und Ordnung besorgte offizielle Polizei. Sie schleppte unsere Genossen an den Haaren zur Polizei. Hier gelangt, mußte Genosse Ruschoni sich aus Neue mißhandeln lassen, und zwar von dem Lieutenant Bariano, einem rohen Menschen, der Chef der geheimen Polizei ist. Die

andern Zwei wurden gleich entlassen, während Genosse Ruschoni sich noch immer in Haft befindet und auf eine unerhört brutale Weise behandelt wird.

Die unabhängige bürgerliche Presse ist entrüstet über die Handlungsweise der Polizei. Die Bukarester Journalisten haben Protest erhoben gegen diesen gemeinen Vorgang, denn allgemein herrscht die Ueberzeugung, daß die Polizei es ist, welche den Einbruch in das Redaktionslokal unseres Blattes provoziert hat.

Diese Thatfachen sprechen für sich selbst und zeigen, wie wir gegen die Bourgeoisie zu kämpfen haben, die unsere gesellschaftliche und friedliche Propaganda mit „schlagenden Argumenten“ beantwortet.

In ihrer Dummheit begreift die Regierung nicht, daß diese infamen Verfolgungen nur zu unserem Vortheil umschlagen müssen, denn dadurch erwerben wir die Sympathien aller anständigen Leute.

Was die Arbeiter anbetrifft, so ist das die beste Lehre für sie, daß die Bourgeoisie ihr Feind ist, denn sie mißhandelt sie,

wenn sie (die Arbeiter) nur ihr Haupt zu erheben wagen und neben den Pflichten auch Rechte haben wollen.

Bei den Wahlen im November werden die rumänischen Arbeiter der Regierung die gehörige Antwort nicht schuldig bleiben.

Troß alledem marschiren wir muthig vorwärts!

Amerika.

Washington, 9. September. Der Senat nahm in der Sitzung der Tarifbill ein Amendement an, welches den Präsidenten der Vereinigten Staaten ermächtigt, das Gesetz, betreffend die freie Einfuhr von Zucker, Melasse, Thee und Häuten außer Kraft zu setzen, wosfern solche Artikel nicht aus Ländern stammen, welche den Vereinigten Staaten entsprechende Begünstigungen gemäßen. Der Senat beschloß ferner, die Artikel der Bill in Betreff der Zuckerprämien am 1. März 1891 in Wirksamkeit zu setzen und unverzollten Zucker bis zum 1. Februar 1891 ohne Zollgebühren zur Raffinirung zuzulassen.

Theater.

Donnerstag, den 11. Septbr. **Spernhans.** Sardanapal, **Schauspielhaus.** Der Winkelschreiber. Vorher: Ellen. **Berliner Theater.** Dithello. **Deutsches Theater.** Das Wintermärchen. **Festung-Theater.** Der Fall Clémenceau. **Friedrich-Wilhelmsbad. Theater.** Die Puppenfee. Vorher: Leichte Kavallerie. **Wallner-Theater.** Mamsell Nitouche. **Viktoria-Theater.** Die Million, oder: Bival Imperator. **Residenz-Theater.** Marquise. **Belc Alliance-Theater.** Der Dorfteufel. **Ostend-Theater.** Der arme Jonathan. **Avoll's Theater.** Der Troubadour. **Thomas-Theater.** Der Alpenkönig und der Menschenfeind. **Adolph Ernst-Theater.** Unsere Don Juans. **Bausmann's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Theater der Reichshallen.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Concordia.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Wintergarten.** Große Spezialitäten-Vorstellung. **Gebr. Richter's Variété.** Große Spezialitäten-Vorstellung.

Freie Vereinigung der Seifenfieber und Berufsgeoffen

Berlins und Umgegend. **Mitglieder-Versammlung** am Sonnabend, den 13. Sept., Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Schaeffer, Inselstraße 10. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Wihl. Werner über: Arbeiterorganisationen und Unternehmerverbände. 2. Diskussion. 3. Entziehung der Monatsbeiträge, Aufnahme neuer Mitglieder, Umtausch der Bibliotheksbücher. 4. Revisorenwahl. 5. Verschiedenes. 1724 Die Mitglieder werden ersucht, recht zahlreich in der Versammlung zu erscheinen, und ist es Pflicht eines jeden noch fernstehenden Kollegen, sich der Organisation anzuschließen. Gäste sind willkommen. **Der Vorstand.**

Cöpenick. Arbeiterverein für Cöpenick und Umgegend.

Sonnabend, den 13. Septbr., Abends 8 Uhr, im „Kaiserhof“: **Versammlung.** Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Th. Glöckler über: Unser Programm. 2. Diskussion. 3. Aufnahme von Mitgliedern. 4. Verschiedenes. 1730 **Gäste sind willkommen.** **Der Vorstand.**

Große Versammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins für Teltow-Charlottenburg

Donnerstag, den 11. September 1890, Abends 8 Uhr, in der Gose-Brauerei, Wallstraße 46. Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Max Baginski. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 1731 **Gäste haben Zutritt. Um recht zahlreichen Besuch bittet** **Der Vorstand.**

Der „Süddeutsche Postillon“, 1547 humoristisch-satirisches Arbeiterblatt. Alleiniger Vertreter für Berlin Wiederverkäufern hoher Rabatt. **R. Kohlhardt, Mariannenstraße 34.**

Anker-Cichorien

von **Dommerich & Co. in Magdeburg-Budtau.** 2185 Anker-Cichorien ist rein. Anker-Cichorien ist delikates. Anker-Cichorien ist mild bitter. Anker-Cichorien ist ergiebig. Anker-Cichorien ist trocken. Anker-Cichorien ist würzig.

Anker-Cichorien ist überhaupt der beste Kaffee-Zusatz und wesentlich vorzuziehen den vielen anderen, unter der nicht berechtigten Bezeichnung „Kaffee“ im Verkehr befindlichen Cichorien-Sorten. Anker-Cichorien ist in 125 g Packeten zu 10 Pfg und in 250 g Wätschen zu 20 Pfg, in den meisten Waarenhandlungen zu haben

Geschäftshaus E. Heine. **Chausseestraße 14** Täglich: **Grosses Garten-Concert.** Direction **A. Hödmann.** Dienstag und Freitag: Walzer-Abend. **Wochentags 10 Pfg.** **Entrée** Sonn- und Posttags 25 Pfg. Bei ungünstiger Witterung in den unteren Restaurationssälen. **Großer Frühstücks- und Mittagstisch.** Spezial-Auswahl von **Rahenhofer Export-Bier, Seidel 15 Pfg.** Die oberen Säle bleiben bis auf Weiteres wegen Renovierung geschlossen. 641 **F. Müller.**

Gratweil'sche Bierhallen Kommandantenstr. 77-79. Täglich: **Grosses Concert** mit Quartett-Sängern, ausgeführt von dem Musik-Direktor **H. Sanftleben.** **Wochentags: Frei-Concert.** Sonntags Entrée 20 Pf. Empfehle auch zugleich 8 Billards, 3 Kegelbahnen und einen Saal zu Vergnügungen und Versammlungen. 708 **F. Sodtke.** **Vassage 1 Tr. 9 Uhr M. b. 10 Uhr Ab.** **Kaiser-Panorama.** Hervorrag. Sehenswürdigk. d. Residenz. Diese Woche: IV. Cyel. Hochinteressant: **Erinnerungen v. Feldzug 1870-71.** Zum 1. Mal: **Insel Cypern und Syrien.** Eine Reise 20 Pf., Kind nur 10 Pf. Abonnement 1 M.

Sophabezüge-Reste, 3 1/2-15 Meter, unterm Kostenpreis. **Fabriklager Zimmerstrasse 86, S. prt.**

Bettfedern.

Wer bei mir kauft, wird sicherlich zufrieden gestellt sein, denn mein langjähriges Bestehen bürgt für strengste Reellität. Ich empfehle Bettfedern, das Pfund von 35 Pf. bis zu den allerfeinsten in 58 Sorten. **Betten, ein vollständiger Stand von 9,00 an, bessere verhältnismäßig sportbillig, wie Niemand im Stande ist, dafür zu liefern, verkaufe ich en detail zu Engrospreisen.** 1584a

J. Smilowski, 1. Geschäft: Rottbuserstraße 4. 2. Geschäft: Brunnenstraße 139.

Bettfedern!

durchaus gute, gerein. Waare, bill. bei **H. Marcus,** Reinickendorferstrasse 5.

Quittungs-Marken

Kautschuk-Stempel-Fabrik von 1149 **Jean Holze, Hamburg** gr. Drehbahn 45

empfehle sich allen Kranken-Kassen und Arbeiter-Vereinen. Seit 12 Jahren Lieferant sämtlicher bestehenden Central-Kranken-Kassen sowie für ca. 5000 Kassen und Vereine Deutschlands, Englands und Amerikas: **Probieren und Preis versende gratis und franco.** Schnellste Bedienung **Beste Bezugsquelle Solide Preise.** Der Versand geschieht **portofrei.** Zwei Vereinszimmer, 1 für 15, 1 für 25 Pers., auch können Kassen Zahlstell. einrichten bei **Pohl, Chausseestr. 41.**

Fachverein der Korbmacher

und verwandter Berufsgeoffen Berlins und Umgegend. **Sonnabend, den 13. September,** Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn **Enadt, Brunnenstr. 88:** **Versammlung.** Tagesordnung: 1. Vortrag (Referent wird in der Versammlung bekannt gemacht). 2. Diskussion. 3. Ergänzungswahl eines 2. Schriftführers. 4. Verschiedenes. Um recht zahlreiches Erscheinen bittet **Der Vorstand.**

Achtung! Steinmetzen!

Sonntag, den 14. Septbr., Vormittags 10 Uhr, findet eine **Innungsgesellenversammlung** im Lokal **Königshof, Bülowstraße Nr. 37, statt.** 1721 Tages-Ordnung: Lohnfrage und Verschiedenes. — Der Wichtigkeit der Tagesordnung halber sollte kein Steinmetz versäumen, zu erscheinen. **Der Ausschuss.**

Les- und Diskutirklub „Süden“.

Regelmäßige Sitzung **Freitags Abds. 8 1/2 Uhr** bei **Schwarzkopf, Sackstr. 11.** Gäste willkommen. 1728 Die Beleidigung, welche ich Emma Bött zugefügt habe, nehme ich zurück. **F. Kantor.** Die Ehrenbeleidigung gegen Herrn **Marscheider** nehme ich zurück. 1735 **W. Renner.**

Goldwaaren-Auktion!

Donnerstag, den 11. cc., sowie **Freitag und Sonnabend, Vorm. 10-1 und 4-7 Uhr** versteigere ich **Chausseestr. 2 E** (Oranienburger Thor) die Restbest. verschied. Engros-Lager in gold- und silb. Herren- und Damendrehen, Armbräder, Brosches, Ketten, Medaillons, Einsegnungskreuze, Collers, Corallen und Granatwaaren öffentlich meistbietend. 1702 **H. Heise, Aukt. u. Tax.**

Zum Quartalswechsel

empfehle ich den Parteigenossen zur Ausführung von Zimmer- u. Schilder-malerei, sowie Laden-Einrichtungen, Küchenmöbel etc. aufzuarbeiten. 1725 **H. Schmidt,** Maler, Memelerstraße 66, 1 Tr.

Rohtabak A. Goldschmidt, Spandauerbrücke 6, am hiesigen Platze bekanntlich **Grösste Auswahl.** **Garantirt sicher brennende Cigars.** Streng reelle Bedienung, billigste Preise! Sämtliche im Handel befindlichen Rohtabake sind am 1653 Lager. **A. Goldschmidt, Spandauerbr. 6, am Lade'schen Markt.**

Knabengarderobe.

Zur Einsegnung empfehle mein reich sortirtes Lager von Knaben-Garderoben. **Einsegnungs-Anzüge von 15 Mk.** an bis zu den Eleganteften. 675 **H. Lindstädt,** Schneidermeister, **Staligerstr. 34, part.**

Möbel, Spiegel und Polsterw.

Rixdorf, Tischlermeister, **Berliner-Straße 40 (am Denkmal).** **Albrecht's Bäckerei,** Wrangelstr. 8 und Langestr. 26, liefert das größte Brot für 50 Pf. [661]

Rheinländischer Tunnel, gen.: „Die fidele Nagelkiste“, Berlin N., Gassestr. 73, gegenüber der Bergstraße, **Rechts-vous aller lebenslänglichen Herren.** Brömmels, Nabaubröder und Quasselfreien haben keinen Eintritt. **Kapellmeister: R. Blank.** **Gesang: Lucia Moor.** **H. Schultze (mit'n V.)** Plansch-Apotheker.

Geschäfts-Eröffnung.

Allen Freunden und Genossen empfehle mein **Reiz- u. Bairisch-Bier-Lokal** **Dr. Frühstücks-, Mittags- u. Abendessen** **M. Schönemann, Skaltzstr.**

Großer Mittagstisch m. Bier 50 Pf.

Bölker's Bierhaus, Falkensteinstraße 11. 651 **Empfehle mein Bierlokal** Arbeiter-Bezirksrat: sämtliche werkschafts-Organen liegen aus. **Emil Böhl,** Frankfurter Allee 74. 2308

Möbel, Spiegel und Polsterwaaren

eigener **Dr. Lager, bill. Preise** **Fabrik, Emil Heyn,** Brunnenstraße 28, Hof part. **Teilzahlung nach Uebereinkunft.**

Kautschuk-Stempel für Vereine u. Gewerbe

H. Guttmann, Brunnenstr.

Wichtig für Hausfrauen!

Vorzügliches Mehl, Reis in allen Preislagen, die besten Mühlenfabrikate, sehr gute Hülsenfrüchte, Vogelfutter, empfiehlt die **Weghandlung Grünberg** **Weg 70, nahe der Roppenstraße.**

Reiz-Tabak

Sämtliche Sorten. Größte Auswahl, billigste Preise. 831 **G. Elkhuyson, Münzstr. 10.**

Nähmaschinen

u. Repar. bill. **R. W. Schmidt,** Schwedterstraße 20.

Nur 1 Mark.

Klagen, Eingaben, Rath in Prozeßsachen, Einziehung von Forderungen. **Pollak, Georgenkirchstr. 24** **ich!**

Dr. Hoersch, homöopath. Arzt.

Artilleriestr. 27. 8-10, 5-7, Sonnt. 8-10.

Kinderwagen.

Das gr. Lager **Berlin** **Andreasstr. 23, S. prt.** **Großartige Ausw.** **16. Bernauerstr. 16.**

Arbeitsmarkt.

Lichtige auf **Geldschränken** geübte **Schlosser** verlangt **Reichstr. 10, Seitenfl. IV.** **konstruktionen, Schönhauser Allee 73.** **G. Bildhauerl. v. Wienerstr. 8, p. [17]** **Bildhauerl. v. Wisenbach, Grünauerstr. 10.** **50 Franzendreherrinnen** verlangt **Schulze, Langestr. 10, Seitenfl. IV.** **Ein Lehrling, der Lust hat, die Bedienung z. erl., w. verl. Amalienstr. 10.** **Lehrling, der Lust hat, ein gründliches Schneidhandwerk zu erl. gründlich kann sich melden. C. Graffunder, Berlin, Gartenstr. 63, part. 17**

Möbel-, Spiegel- u. Polsterwaaren-Magazin von Aug. Herold, SO. 5. Reichenbergerstraße 5. SO.

Die Arbeiterschutz-Einrichtungen des Gemeinderathes von Paris,

über welche wir unseren Lesern schon öfter Mittheilungen gemacht, erfahren im dritten Jahresbericht des leitenden Ausschusses des Schweizerischen Arbeiterbundes und des Schweizerischen Arbeiterssekretariats eine treffliche Beleuchtung.

Für unsere Leser besonders interessant dürfte die Mittheilung über die Art sein, wie der Gemeinderath die Arbeitsbedingungen der städtischen Bantien geregelt hat.

Diese Regelung ist zurückzuführen auf einen am 30. Januar 1888 von Bailant gestellten Antrag:

1. Bei allen städtischen Arbeiten wird die tägliche Arbeitszeit auf acht Stunden herabgesetzt und die Unterakorde werden gemäß dem Dekret von 1848 verboten.
2. Bei allen städtischen Arbeiten wird die amtliche Lohnliste streng angewendet.
3. Alle für die öffentliche Gesundheit und die Entwicklung der Stadt Paris nöthigen Arbeiten werden sofort begonnen.

Der Antrag, bezw. die Punkte 1 und 2 desselben wurden ebenfalls auf Anregung Bailant's geschaffenen Kommission der Arbeit des Pariser Gemeinderathes zur Vorberatung überwiesen. Der Bericht derselben lautete im Wesentlichen im Sinne des Antragstellers, fand aber natürlich heftige Bekämpfung von Seiten der kapitalistischen Vertreter im Gemeinderath, die im Namen der „Freiheit der Arbeit“ Uebergang zur Tagesordnung verlangten. Im späteren Verlauf der Verhandlungen, als der Gemeinderath einen Kompromißantrag angenommen hatte, der wenigstens den neunhündigen Normalarbeitstag enthielt, mischte sich auch die Staatsregierung in die Sache ein und annullirte alle Beschlüsse des Gemeinderathes, soweit sie die Anwendung der Lohnliste, das Pflichtenheft für die Baunternehmer und die Ausführung der Arbeiten in Regie betrafen.

Der Gemeinderath aber ließ sich nicht einschüchtern und nicht weichen. Die Arbeiterkorporationen der Baugewerbe standen auf seiner Seite; eine große Versammlung derselben nahm einstimmig eine Resolution an, in welcher Zustimmung zu den Beschlüssen des Gemeinderathes ausgesprochen und dieser aufgefordert wurde, an denselben festzuhalten.

So kam endlich am 2. Mai 1888 ein definitiv gültiger Beschluß zu Stande, nach welchem die Arbeitsbedingungen der städtischen Arbeiter folgender Regelung unterworfen wurden: Die Anstellung von Unterakordanten irgend welcher Art ist ausdrücklich verboten.

Die bei den städtischen Arbeiten beschäftigten Arbeiter müssen auf direkte Rechnung der Arbeitsübernehmer ohne irgend einen Ausschüttungsträger beschäftigt werden.

Die normale Dauer des Arbeitstages darf neun Stunden städtischer Arbeit nicht übersteigen, und es ist ein Ruhezeitraum einzubehalten.

Wenn die Arbeit im Tag- oder Stundenlohn gemacht wird, so ist der Unternehmer gehalten, dem Arbeiter in jeder Abtheilung des Berufes den obligatorischen Minimalpreis der Lohnliste abzugeben zu bezahlen.

Wenn die Arbeit auf Stück gemacht wird, so richtet sich die Lohnhöhe nach den Grundpreisen, welche in den Spezialanfragen der Lohnliste angeführt sind; finden sich für eine bestimmte Arbeit keine Spezialanfragen, so ist der Lohn derart anzusetzen, daß der Arbeiter den obligatorischen Minimal-Taglohn der Liste ohne Abzug sichert.

Der Arbeiter hat ein Anrecht auf die Zuschläge zu den gewöhnlichen Preisen, die in der Lohnliste bezeichnet sind.

Bei unter Ausnahmeständen oder in Nothfällen der leitenden Ingenieure oder Architekten die Ermächtigung giebt, eine Arbeit außer den vorgeschriebenen Stunden auszuführen, so sind diese bewilligten Ueberstunden am Tage um 25 pCt. höher und in der Nacht zum doppelten des gewöhnlichen Stundenlohnes zu bezahlen.

Dieselben Zuschläge finden auch Anwendung, wenn Arbeit auf Stück in Ueberstunden geleistet wird.

Der Unternehmer darf für jede Arbeit nicht mehr als den zehnten Theil ausländischer Arbeiter anstellen, bei Post- und Kasernenbauten dürfen nur französische Arbeiter beschäftigt werden.

Jede Zuwiderhandlung gegen die vorstehenden Bestimmungen wird mit einer Buße von 10 Franken belegt, unbeschadet der allgemeinen und Spezialbedingungen, welche den Entzug der Arbeit nach sich ziehen.

Der Gemeinderath begnügt sich nicht damit, diese Bestimmungen auf dem Papier stehen zu haben, er wacht auch über deren strengster Einhaltung. Davon ein Beispiel:

Im November 1888 erhielt die genannte Kommission eine Beschwerde von der Gewerkschaft der Erd- und Fundamentarbeiter, daß beim Bau einer städtischen Schule die vorgeschriebenen Arbeitsbedingungen nicht eingehalten und dazu noch schlechte Arbeiten geliefert werden. Die Angelegenheit wurde sofort in Untersuchung gezogen, drei Delegirte der sich beschwerenden Gewerkschaft wurden ebenfalls dazu berufen. Die Klage der Gewerkschaft bestätigte sich vollständig. Die Kommission berichtete dem Gemeinderath und dieser beschloß am 15. März 1889, die Verwaltung einzuladen, daß sie den gefassten Beschlüssen strengstens Nachachtung verschaffe. Gleichzeitig erneuerte der Gemeinderath seinen Beschluß, betreffend die Einsetzung von Arbeiterinspektoren, und nahm noch einen Antrag von Bailant an, wodurch die Verwaltung eingeladen wurde, ganz besonders streng die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen anzuwenden und da diese Vorschriften ungenügend seien, den Unternehmern geeignete Zusatzmaßnahmen vorzuschreiben.

Wie Herr Bailant am 14. November 1889 dem Arbeitersekretariat schrieb, werden die Vorschriften nunmehr so ziemlich allgemein beobachtet und die Arbeiter lassen es nicht daran fehlen, bei vorkommenden Zuwiderhandlungen zu reklamiren, wobei dann jederzeit eine Untersuchung angeordnet und für Abstellung der Mißstände gesorgt wird.

Man hat sich in Paris sehr schnell daran gewöhnt, diese Einrichtungen als notwendig, ja als ganz selbstverständlich zu betrachten. Der lächerliche Versuch auf die sogenannte Freiheit der Arbeit verkommt mehr und mehr. Es giebt ja auch in der That keinen rechtlichen und vernünftigen Grund, wonach es unzulässig sein könnte, daß die Verwaltung eines Gemeinwesens, die sich seinen Wohlstand, genaue Bedingungen über Arbeitszeit, Löhnung der Arbeiter feststellt. Es ist erbärmlicher Sophismus, dagegen mit dem Schlagworte „Freiheit der Arbeit“ zu kommen. Diese Freiheit wird gar nicht verfehlt. Denn weshalb soll einer Gemeindevverwaltung als Unternehmern nicht dasselbe Recht zustehen, was jeder Privatunternehmer für sich in Anspruch nimmt?

Der Londoner Schulrath wie der Londoner Gewerkschaftsrath haben sich nämlich der von ihnen zu vergebenden Arbeiten zu demselben Grunde bekannt. Im Deutschen Reich dagegen, welches der Dunkel gewisser Leute „an der Spitze der Sozial-

reform marschiren läßt, wollen die Gemeindeverwaltungen davon nichts wissen. Auch die Berliner Verwaltung hat sich ja bekanntlich gegenüber den öfteren Vorschlägen der sozialdemokratischen Stadtverordneten und der Bauhandwerker-Korporationen, speziell der Maurer, betr. Feststellung von Arbeitsbedingungen bei städtischen Arbeiten, ablehnend verhalten. Und die kapitalistische Presse, voran Herr Felsch mit seiner „Baugewerks-Zeitung“, hat für diese Vorschläge nur albernen Spott gehabt.

Das wird anders werden, wenn die Arbeiter selbst in den Gemeindeverwaltungen werden mitzuwirken und ein entscheidendes Wort zu sprechen haben.

Kommunales.

Vom Stadtverordneten Vogtherr, mit Unterstützung aller übrigen sozialdemokratischen Stadtverordneten, ist bei der Stadtverordneten-Versammlung folgender Antrag eingegangen:

Am 11. August d. J. ist wiederum ein Einwohner unserer Stadt von einem Militär-Wachposten aus unbedeutender Veranlassung erschossen worden! Da durch die Möglichkeit solchen Vorgehens Leben und Gesundheit der Einwohnerschaft andauernder Gefahr ausgesetzt sind, wolle die Versammlung beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit ihr gemeinsam die zuständigen Militärbehörden aufzufordern, schleunigst Vorkehrungen zu treffen, wonach derartige, die Sicherheit der Bürgerschaft bedrohende Vorkommnisse unmöglich gemacht werden!

Vogtherr. Gnadl. Heindorf. Herzfeldt. Klein. Singer. Stadtthagen. Tempel. Zuhauer. Zubeil.

Tagesordnung für die Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung am Donnerstag, den 11. September d. J., Nachmittags 5 Uhr. Vorschläge des Ausschusses für die Wahlen von unbefoldeten Gemeindebeamten — Vorlage, betr. die Verleihung eines Benefiziums der Wunderlich-Stiftung — Wahl eines Mitgliedes aus der Mitte der Versammlung in den Ausschuss für Rechnungssachen, in die Deputation für Gesundheitspflege, in die Straßenreinigung-Deputation, in das Kuratorium für den Zentral-Viehhof und die Fleischschau-Kemter, in das Kuratorium der Kaiser-Wilhelm-Stiftung und in die Waisen-Verwaltung — Wahl von zwei Mitgliedern in die Finanzdeputation — desgl. von zwei Bürgerdeputirten für das Kuratorium der Handwerker-Schule — Vorlage, betr. die Herstellung eines Wassersturzes im Viktoriapark und die Vergrößerung des Parkterrains. — Berichterstattung über den Protest gegen die Wahl des Redakteurs Dr. Wachler zum Stadtverordneten — Vorlage, betr. die Feststellung der Höhe der nach dem Ordisatut von den Verpflichteten für die Pflasterung und Unterhaltung neuer Straßen zu erstattenden, resp. zu tragenden Kosten für das Jahr 1890/91 — desgl., betr. den Verkauf einer vor dem Grundstücke Bergmannstraße 23 gelegenen Begefläche — desgl., betr. das Projekt zum Neubau des Gasthauses auf dem städtischen Grundstücke des alten Bierhauses bei Treptow — Berichterstattung, betr. die Wahl der Weisiger-Stellvertreter bei den bevorstehenden Stadtverordneten-Ergebnissen, sowie eines stellvertretenden bürgerlichen Mitgliedes für die Erntekommission 1890 — zwei Unterstützungsanträge.

Lokales.

Von allen Krankheitsarten, welche bei der gewöhnlichen Unfallversicherung in Betracht kommen, hat bisher keine so verschiedene Beurtheilung gefunden, als die Entkehung des Bruches durch den Unfall. In letzterer Zeit schien sich die große Mehrheit der ärztlichen Autoritäten immer mehr und mehr der Auffassung zuzuneigen, daß das Bruchleiden keineswegs plötzlich, also etwa unmittelbar infolge eines Unfalls entsteht, sondern, daß die Vorbedingungen für dieses Leiden angeboren sind. Das hätte für diejenigen, welche sich ein Bruchleiden infolge eines Unfalls zuzogen, im günstigsten Falle den Nachtheil, daß nur eine geringere Verminderung der Erwerbsfähigkeit angenommen wurde, da ja der Verletzte wegen der angeborenen körperlichen Gebrechen, die ihn für die Gefahr eines Bruchschadens empfänglicher machen, von Anfang an minder erwerbsfähig gewesen sei als andere, gesunde Arbeiter. Diese Erwägung war natürlich auch auf die Bemessung der Rente von Einfluß, die geringer ausfiel, selbst wenn völlige Erwerbsunfähigkeit infolge des Bruchschadens festgestellt war.

Nun plötzlich erfährt die oben erwähnte ärztliche Anschauung von den angeborenen Vorbedingungen für einen Bruchschaden erhebliche Anfechtung aus ärztlichen Kreisen.

Der Oberarzt des Seemannskrankenhauses zu Hamburg, Dr. Lauenstein, der gleichzeitig leitender Arzt der chirurgischen Abtheilung des dortigen Diakonissenhauses Bethesda, also doch wohl ein umfichtiger und erfahrener Mediziner ist, macht von einem Falle in der deutschen medizinischen Wochenschrift eine Mittheilung, die er mit folgenden Worten einleitet: Wenn wir auch heutzutage die Thatsache, daß ein Bruchschad (das sogenannte Aus-treten des Bruches) nicht plötzlich entsteht, sondern, abgesehen von der angeborenen Form, sich allmählich bildet, als feststehend anerkennen, so kann man doch der schon von Ailiers her gehegten Vorannahme, daß ein Bruch plötzlich entstehen könne, nicht von vornherein jede Berechtigung absprechen, dies um so weniger, als wir zugeben müssen, daß wenn auch der Bruch zu seiner Existenz eine Bruchstelle (Bruchschad) nöthig hat, doch die Bruchstelle allein noch keinen Bruch ausmacht, daß vielmehr ein Bruch erst entsteht mit dem Eindringen eines Eingeweides in die betreffende Bruchstelle. Dies erhellt schon aus der vielfältig er-wiesenen und anerkannten Thatsache, daß Menschen Jahrzehnte lang einen Bruchschaden haben können ohne es zu wissen und ohne davon belästigt zu werden. Nichts desto weniger gehört die Beurtheilung der sogenannten plötzlich entstandenen Brüche namentlich jetzt nach Einführung des Arbeiter-Unfallversicherungsgesetzes mit zu den schwierigsten Aufgaben des Arztes.

Dr. Lauenstein zitiert dann ein ärztliches Urtheil eines Dr. Koser, der als Autorität für Bruchleiden gilt und sich einfach dahin ausdrückt: Wenn es versucht wird, einen Bruch von besonderer körperlicher Anstrengung her-zuleiten, wenn z. B. ein Fabrikarbeiter von der Unfallversicherung eine Entschädigung für den angeblich durch die Arbeit plötzlich entstandenen Bruch verlangt, so wird derselbe, da er etwas mechanisch Unmögliches behauptet, abzuweisen sein.

Hiergegen erklärt nun Dr. Lauenstein: Solche Aeußerungen dürfen im Interesse aller derjenigen Menschen, welche in Wirklichkeit durch einen äußeren Unfall einen Bruch erleiden — und deren giebt es sehr viele — nicht unwidersprochen bleiben.

Und nun schildert Dr. L. einen Fall in dem bei einem 33 Jahre alten Werksführer der Hamburg-Amerikanischen Packet-fabrik-Aktiengesellschaft sich infolge eines Sturzes in einer Höhe von 5 Fuß bei seiner Beschäftigung ein Bruch einstellte, obwohl der Patient mit Bestimmtheit angab, bis zu dem Tage jenes Unfalls nie einen Bruch gehabt zu haben; er habe von frühester

Jugend an viel und schwer arbeiten müssen und nie die geringste Beschwerde gehabt. — Dr. L. trägt kein Bedenken, diesen Unfall als Ursache des Bruches anzusehen. Man müsse eben die Vorbedingungen für den Bruchschaden und das Eintreten des Bruchschadens selbst streng auseinander halten; das letztere könne sehr wohl die Folge eines Unfalls sein.

Für die zahlreichen Personen, die an Brüchen infolge voraus-gegangener Betriebsunfälle leiden, ist es unter diesen Umständen sehr wünschlich, diese neueste Phase der „Bruch-Geschichte“ für die Unfallversicherung im Auge zu behalten. Es wird ja nicht an Gelegenheit fehlen, die Frage, ob ein Bruch einen Entschädigungsanspruch nach dem Unfallversicherungsgesetz begründe, lektinstanzlich beim Reichsversicherungsamt zur Entscheidung zu bringen.

Mit welchen Waffen in den um Berlin liegenden ländlichen Bezirken gegen die Gastwirthe gekämpft wird, welche den Muth besitzen, sich als Freunde der Arbeiter zu bekennen oder auch nur sozialdemokratische Blätter in ihren Lokalen aus-zulegen, zeigt ein Schreiben, welches vor einigen Tagen dem Gast-wirth Kleinscheky in Adlershof, Kreis Teltow, amtlich zugestellt wurde. Das Schreiben lautet:

Adlershof, den 2. September 1890.
Da mit Ablauf des Sommers eine Verlängerung der Polizeistunde für Ihr Restaurant nicht als notwendig erachtet wird, so fordere ich Sie auf, die Ihnen seiner Zeit ertheilte Verlängerungs-Genehmigung bis zum 1. Oktober cr. hierher zurückzuziehen.

Der Amtsvorsteher.
Als Herr Kleinscheky, der sich bewußt ist, nicht den geringsten Verstoß gegen Polizeivorschriften begangen zu haben, sein Er-staunen über die Verfügung des Amtsvorstehers aussprach, meinte der das Schriftstück überbringende Amtsdienner, daß der Herr Amtsvorsteher die Konzeption auch fernerhin ertheilen würde, wenn Kleinscheky das „Berl. Volksblatt“ nicht mehr halten würde.

Das Ausliegen einer die Interessen der Arbeiter vertretenden Zei-tung war also der Grund zur Aufregung des Wirthes. Glaubt denn der Herr Amtsvorsteher, daß auf diese Weise die Arbeiter ge-zungen werden könnten, sein Leiborgan zu lesen? Durch der-gleichen amtsvorständliche Verfügungen mögen die Gastwirthe sich aber nicht irre machen lassen; denn unter den Arbeitern herrscht ein sehr gesunder Sinn, der sie veranlaßt, die Gasthäuser der ge-mäßigten Wirthes erst recht zu besuchen, damit dieselbe den ihnen zugefügten Schaden nicht zu erdulden brauchen.

Politik in Prieger- und Landwehrvereinen. Der Vor-stand des Landwehrvereins zu Köpenick sand sich im Mai d. J. veranlaßt, gegen diejenigen Mitglieder vorzugehen, welche dem Glauben huldigten, daß Jedermann sich seine eigene politische Ansicht bilden dürfe. Da die Statuten des Köpenicker Landwehr-vereins keine Bestimmungen enthielten, auf Grund deren man arbeiterfeindlich gesinnte Mitglieder hätte maßregeln können, be-schloß der Vorstand, den Statuten einen aus drei Paragraphen bestehenden Anhang zuzufügen. Derselbe lautet:

Statut des Landwehrvereins zu Köpenick.
§ 1. Wahrung und Förderung ehrenhafter Gesinnungen für Ordnung und Sittlichkeit aller Kameraden, der Treue für Kaiser und Reich und des Gehorsams für Befehl und Obrigkeit, sowie den guten Sinn für den Militärstand in ehrender, achtungs-gebietender Weise zu erhalten.
§ 2. Politische Fragen und Erörterungen dürfen in den Ver-sammlungen des Vereins nicht stattfinden.
Kameraden, welche sich sozialdemokratischen Bestrebungen hin-geben, werden aus dem Verein sofort ausgestoßen.
§ 3. Offiziere des aktiven sowie Beurlaubtenstandes sind ohne Ballotage in den Verein aufzunehmen.
Köpenick, am 1. Mai 1890.

Der Vorstand des Landwehrvereins zu Köpenick.
W. Oesterlich, Vorsitzender. F. Noack, Schriftführer. F. Paul, Kassirer.
A. Erner, stellvert. Vorsitzender. F. Selchow, stellvert. Schriftführer.
W. Damm, stellvert. Kassirer. C. Hoffmann, Beisitzer.
W. Gräfel, Beisitzer.

Also: Die Politik hat mit dem Verein nichts zu schaffen; — aber wer arbeiterfeindlich resp. sozialdemokratische Gesinnungen hegt, wird sofort ausgestoßen. Der Verfasser dieser Bestimmung sollte zum Professor der Logik gemacht werden. Nicht charakteristisch ist auch der § 2. Offiziere gelten also bei dem Köpenicker Land-wehrverein als höhere Wesen wie andere Sterbliche und müssen daher auch mit anderem Maße gemessen werden. Was der Vor-stand des Landwehrvereins übrigens unter Nichtpolitiktreiben ver-steht, geht daraus hervor, daß den Mitgliedern des Vereins unter Androhung des Ausgestoßenwerdens verboten worden ist, irgend Etwas bei dem Zigarrenhändler Ungerling zu kaufen, da derselbe dem Vorstand nicht genehme politische Ansichten hat.

Mit welchen Mißlichkeiten und Gefahren der Beruf der Eisenbahn-Unterbeamten verknüpft ist, dürfte hinreichend be-kannt sein. Man sollte also glauben, daß die Lohnverhältnisse dieser Arbeiter einigermaßen im Einklang mit ihren Leistungen stehen. Dieses ist aber nicht der Fall. Im Gegentheil ist das Einkommen der meisten Eisenbahnarbeiter als ein recht Mägliches zu bezeichnen. Selbst auf den königlichen Bahnen, z. B. der Ost-bahn, erhalten die Unterbeamten die denkbar niedrigste Besoldung. So beträgt der Tageslohn der Hilfsbremser des Bahn-hofs Lichtenberg, wo erst vor Kurzem ein Arbeiter bei Ausübung seines Berufes sich den Tod holte, nur 1,50 bis 1,70 M. Hierzu kommen noch einige Pfennige Stunden- oder Kilometergelder. Die Entgeltungen finden aber nicht statt, wenn Zugerspätungen ein-treten. Da auch Ueberstunden nicht vergütet werden, kann bei Abschätzung des Einkommens der Eisenbahn-arbeiter von einem Nebenberuf kaum die Rede sein. Man kann sich schwerlich einen Begriff davon machen, wie kärglich ein Mensch, der womöglich noch Familie besitzt, mit einem täglichen Verdienst von kaum 2 Mark seinen Lebensunter-halt bestreiten muß. Fleisch, Zucker, Butter u. s. w. sind bei den jetzt herrschenden Preisen den Leuten längst unerschwingliche Ge-nüsse geworden. Gar oft muß der Arbeiter mit kurrndem Magen an seine Kraft erfordernde, schwere und gefährliche Be-schäftigung gehen. Würde es nicht hohe Zeit sein, daß die betreffenden Behörden es für angemessen erachten, den Eisenbahn-arbeitern eine Gehaltsaufbesserung zu gewähren?

Die jetzt erfolgende Verbreiterung des Bahnkörpers der am 17. Juli 1871 eröffneten Ringelbahn ruft noch einmal die Erinnerung wach an die ehemalige Berliner Verbindungsbahn, deren Bau im Jahre 1860, also vor nunmehr vierzig Jahren begann. Sie war etwa 1/2 Meilen lang und führte vom Nieder-schlesisch-Märkischen Bahnhof, über die Spree, durch die Eisen-bahn, Stalitzer, Gitschiner und Königgräzerstraße, am Branden-burger Thor vorbei, durch die Sommerstraße, über die frühere Moltkebrücke bis zum Stettiner Bahnhof in der Invalidenstr. Die Bahn hatte Anschluß an den Hamburger, Potsdamer und Anhalter Bahnhof und war einseitig. Hier und da stand an der Bahnlinie eine „Wärterhütte“ mit „Signalglocken“, durch welche das Nahen eines Zuges gemeldet wurde. Die den Zügen vorgepannten Lokomotiven waren an der Stirnseite mit einer mächtigen Glocke versehen, die während der Fahrt fast ununter-brochen, besonders aber vor den Straßenübergängen ertönte. An

diesen Punkten hatten auch die Wärter sich mit einer Fahne vor Ankunft des Zuges aufzustellen, um rechtzeitig auf die „drohende Gefahr“ das Publikum aufmerksam zu machen. Infolge der beschränkten räumlichen Verhältnisse der damaligen Bahnhöfe mußten die meist sehr langen Züge der Verbindungsbahn oft über eine Viertelstunde „liegen“ bleiben, ehe sie die für jene bestimmten Wagen „los“ wurden, bzw. andere „angehängt“ erhielten, so daß für den Fuhrwerk- und Fußgängerverkehr durch die jeweilige Sperrung der betreffenden Straßentheile die unangenehmsten Störungen entstanden. Am schlimmsten waren jedoch diese Zustände in der Invalidenstrasse und am Stettiner Bahnhof, so daß die Stadtverwaltung wegen Beseitigung der Verbindungsbahn wenigstens auf dieser Strecke wiederholt vorstellig wurde. Noch am Schlusse des Jahres 1868 wurde ein derartiges Gesuch durch den Handelsminister abgelehnt, indem u. a. in dem Bescheide gesagt wurde: „Auch die seiner Zeit außerhalb der Stadt angelegten Bahnhöfe liegen bereits im Innern der Stadt und mit ihnen einige nicht unbedeutende Strecken der einmündenden Eisenbahnen. Bei der fortschreitenden Ausdehnung Berlins wird dies noch in weit höherem Maße stattfinden, der Straßen- und Bahnverkehr auf langen Strecken neben einander herlaufen und der letztere damit das Fremdartige, wie den Anschein des Gefährlichen verlieren, welcher jetzt noch so häufig den Wunsch, ihn von den Straßen entfernt zu sehen, hervorruft.“ Durch Gesetz vom 9. März 1867 erfolgte die Genehmigung zum Bau der Ringbahn. Mit dem 18. Juli 1871 wurde der Betrieb auf der alten Verbindungsbahn eingestellt und damit, wie es in einem Magistratsbericht heißt, „der Verkehr auf den Straßen Berlins wird dies noch in weit höherem Maße stattfinden, der Straßen- und Bahnverkehr auf langen Strecken neben einander herlaufen und der letztere damit das Fremdartige, wie den Anschein des Gefährlichen verlieren, welcher jetzt noch so häufig den Wunsch, ihn von den Straßen entfernt zu sehen, hervorruft.“ Durch Gesetz vom 9. März 1867 erfolgte die Genehmigung zum Bau der Ringbahn. Mit dem 18. Juli 1871 wurde der Betrieb auf der alten Verbindungsbahn eingestellt und damit, wie es in einem Magistratsbericht heißt, „der Verkehr auf den Straßen Berlins wird dies noch in weit höherem Maße stattfinden, der Straßen- und Bahnverkehr auf langen Strecken neben einander herlaufen und der letztere damit das Fremdartige, wie den Anschein des Gefährlichen verlieren, welcher jetzt noch so häufig den Wunsch, ihn von den Straßen entfernt zu sehen, hervorruft.“

Der Inhalter Bahnhof war vorgestern Abend kurz nach 11 Uhr der Schauplatz eines schaurigen Bahnunglücks, das nur wie durch ein Wunder ohne Verlust von Menschenleben geblieben ist. Der aus Wien kommende Kurierzug hat infolge Versagens der Carpentereisenbahn den das Bahnhofsgeleise absperrenden Pressblock durchschlagen und ist in die nördliche Mauer der Halle hineingefahren. Der Wiener Zug wurde von der Maschine Nr. 301 gezogen. Führer dieser Maschine ist der seit 23 Jahren als Lokomotivführer angestellte Herr Kimmel, dem als Führer der Hilfslokomotive Zimendorfer beigegeben war. Hinter dem Tender der Maschine folgten zunächst der als Beiwagen dienende Gepäckwagen der sächsischen Staatsbahn Nr. 10 171 und dann der Gepäckwagen der Bromberger Bahn Nr. 3042, in dem sich der Zugführer und der Packmeister aufhielten. Erst dann kamen die Personenwagen des Postzuges. Zum Empfang desselben hatten sich etwa 30 Personen auf dem östlichen Perron der großen Halle versammelt. Die Zeit der Ankunft 11 Uhr 5 Min. war bereits eine Minute überschritten, als plötzlich der Zug mit rasender Geschwindigkeit ansah. Der die Bahnpolizei ausübende Beamte erkannte sofort die Situation und alarmierte mit seinem schreierischen Ruf „Halt, halt“ den ganzen Bahnhof. Ehe man aber zur vollen Besinnung gekommen war, ertönte ein donnerähnlicher Krach, dann unmittelbar darauf ein Knirschen, wie das einer Gewehrfalze ein festes Rädchen und das Unglück war geschehen. Im ersten Augenblick war Alles wie gelähmt, erst sehr allmählich erholte man sich und überschaute die Situation. Kimmel hatte, wie er aussagt, den Zug nicht bremsen können und war mit voller Kurierzugsgeschwindigkeit in die Halle eingefahren. Etwa in der Mitte derselben war der Hilfslokomotive Zimendorfer von der Maschine herabgesprungen und hatte sich auf dem asphaltierten Bahnsteig den Schädel verletzt, zum Glück nicht lebensgefährlich. Der brave Kimmel war mit Todesverachtung auf seinem Posten geblieben und hat bis zum letzten Augenblick zu bremsen versucht. Die mit kolossaler Gewalt dahinsausende Maschine hatte den Pressblock wie einen dünnen Palm abgeschnitten, war über die Räder des nördlichen Vorbahnsteigs hinweggegangen, ohne merkbare Eindrückung zu hinterlassen, und hatte sich dann in das Mauerwerk der zweiten der vier Säulen der östlichen Nordwand festgefahren. Die rothen Granitblöcke der Thürpfosten waren dabei bis zur halben Stärke wie feiner Sand zerstäubt. Der eine Puffer der Maschine war sofort abgebrochen, die Hälfte des zweiten war wie Glas abgesprengt, die seitlichen Zylinder vollständig zerdrückt. Der Schornstein, aus dem mächtiger schwarzer Rauch emporstieg, stand gerade in der Achse der Wand, deren gelbe Klinkerflächen hoch hinauf angeknirscht wurden. Kimmel konnte zum Glück völlig unverletzt, wenn auch von Schreck und Aufregung stark erschüttert, die Maschine verlassen, mit der Maschine war auch der Tender auf den Bahnsteig gerissen worden. Der mit Gepäck angefüllte Beiwagen hatte sich dagegen mit den Puffern in den Riss der Geleise eingewühlt, und nur der Kasten des Wagens selbst war gleichsam über den Tender hinweggefahren worden. Dabei war die Vorderwand des Wagens in kleinste Atome zerstückelt, während Boden, Decke und Seitenwände den Tender wie ein Futteral umschlossen. Maschine, Tender und Beiwagen hatten so ein festes Ganze gebildet, auf das nun der Gepäckwagen mit voller Wucht aufgefahren war und zwar in etwas nach links gehender Richtung. Nur diesem letzteren Umstande ist es zu danken gewesen, daß Zugführer und Packmeister ohne jede erheblichere Verletzung davongekommen sind. Beide hatten sich in dem hinteren linken Theil des Wagens gehalten, wären sie auf der anderen Seite des Wagens gewesen, sie wären unrettbar zermalmt worden, denn die Besetzung, die hier eingetreten ist, spottet geradezu jeder Beschreibung. Die ganze Wagenseite ist durch den Anprall an die festgerammten Vorwagen wie abgeschnitten. Der Zusammenstoß war so heftig, daß die dort lagernden Gepäckstücke nicht verschoben, sondern gleichfalls abgeschnitten wurden. Nur das hintere Drittel des Wagens, sowie der größte Theil der linken Seitenwand sind stehen geblieben. Immerhin hat der Wagen mit seiner vollen Ladung den übrigen Zug gerettet. Die folgenden Personenwagen wurden zwar gewaltig zusammengedrückt, es riss auch eine der Kuppelungen, im Uebrigen aber sind Beschädigungen der Wagen nicht vorgekommen, auch sämtliche Passagiere sind unverletzt, wenn auch der Schreck viele der Ohnmacht nahe gebracht hatte. Die Aufregung war eine ganz gewaltige. Die Kunde von dem Unfall hatte sich bald verbreitet und säßte zahlreiche Mengen nach der sofort abgesperrten Stelle. Inspektor Zimmermann und Werkmeister Frangli übernahmen sofort die Leitung der Aufräumungsarbeiten. Die in „Nachreserve“ stehende Maschine brachte alsbald den Gerathwagen zur Stelle, alle entbehrlichen Mannschaften wurden ausgeschickt, um die Schloffer zu holen, die bekanntlich ihre Hauptschlüssel im Zentralbureau deponiren müssen, um ohne Verzug auch Nachts geholt werden zu können. Zunächst versuchte man mit der Reservemaschine, einer gewöhnlichen Personenzugmaschine, die defekten Wagen zu beseitigen. Maschine und Tender aber waren zu fest gefahren, so daß noch eine Güterzugmaschine requirirt werden mußte, ehe es gelang — es war inzwischen 3/4 Uhr geworden — die Maschine zunächst etwa 3 Fuß weit aus der Mauerbreite heraus zu holen. Der Umstand, daß nicht nur bei den Gepäckwagen, sondern auch bei dem Tender Räder zerbrochen waren, erschwerte die Arbeit ganz gewaltig, da erst Karrenwagen untergebracht werden mußten. Am heutigen Vormittag war der östliche Perron noch vollständig abgesperrt. Außerhalb der Halle lagen die Trümmer des Unfalls aufgeschichtet. Auf dem ersten Nebengeleise standen die Reste der beiden Packwagen, während die Lokomotive vom Bahnsteig noch nicht hatte entfernt werden können. Bis zum Nachmittag hofft man Alles zu beseitigen. Der Bahnbetrieb hat eine Störung nicht erlitten.

Eine recht naive Annonce steht im „Intelligenzblatt“: „Hohe Belohnung. Sollte ich in der Nacht vom Dienstag, den 2., zum Mittwoch, den 3., einem Ninaldino in die Hände gefangen und mir bei dieser Gelegenheit meine goldene Uhr, Nr. 10 350, Doppelpfand, mit goldener Schuppenkette, abgenommen worden sein, so appellire ich an dessen Rest von Gerechtigkeit und bitte, lieber gute Belohnung unter Discretion anzunehmen und ehrlicher Spitzbube

zu bleiben. Adresse ist: F. Strohschank, Friedenstraße 74, Restaurateur.“ — Der Inhaber scheint mehr Vertrauen in den Biederstimm eines Diebes zu haben, als in die Zuverlässigkeit seiner eigenen Erinnerungen in der jedenfalls recht fragwürdigen Nacht.

Die drei Mark-Prämie, welche seit dem 15. v. Mis. jeder in Berlin erhält, der auf einer Feuerwache, einem Polizeibureau oder durch einen öffentlichen Melder ein Feuer zuerst meldet (bisher wurde nur die erste Meldung auf einer Feuerwache belohnt), hat einen wahren „Meldepost“ zu Tage gefördert, der die Feuerwehr zuweilen recht argen Belästigungen aussetzt. Nicht selten wird jetzt ein einziges ganz unbedeutendes Feuer von drei und mehr Stellen zugleich gemeldet und so fast der ganze Föschtrakt angerufen, da jeder einzelnen Meldung andere Züge folgen müssen. Kürzlich ist es sogar vorgekommen, daß ein Tischler L. in der Bergmannstraße ohne Grund Feuer meldete, nur weil er glaubte, daß Leute, die er rennen sah, dies thun wollten und er ihnen wegen der drei Mark zuvorkommen wollte.

Zur Warnung! Nicht genug kann darauf hingewiesen werden, daß beim Genuß von Gänselein die größte Vorsicht anzuwenden ist. Schon wieder hat sich infolge unbedachtamen Essens dieses Gerichtes ein betrübender Unglücksfall ereignet. Es war an einem Sonntage vor ca. 3 Wochen, als in einem Restaurant in der Nähe des Thiergartens eine Gesellschaft von mehreren Damen versammelt war; plötzlich brach die Zigarrenarbeiterin Fräulein Auguste G., welche soeben eine Portion Gänselein verzehrt hatte, in den Ruf aus: „Hilfe, ich erstickte!“ Sie wurde schleunigst nach ihrer in der Borsdorferstraße gelegenen Wohnung beordert. Es stellte sich heraus, daß ein der zahlreichen Knochenplitterchen, welche ja vorzugsweise in diesem Gericht enthalten sind, sich in der Speiseröhre festgesetzt hatte. Alle Bemühungen der Ärzte, den Splitter zu entfernen, waren vergeblich. Es trat Eiterung hinzu, und nach einem Zeitraum von 14 Tagen war Fräulein G. ihren Leiden erlegen. Am letztverfloffenen Sonntage wurde die Verstorbene, die sich in den letzten Jahren, während welcher sie in einer Fabrik beschäftigt war, die Liebe und Verehrung ihrer Kolleginnen und Kollegen in reichstem Maße erworben hatte, auf dem Friedhof der freireligiösen Gemeinde in der Pappel-Allee zur letzten Ruhe bestattet. Zahlreiche Kranzspenden, sowohl von Seiten ihrer Mitarbeiter, als auch ihrer Vorgesetzten, wurden an ihrem Grabe niedergelegt.

Wegen Verarbeitung von Hundfleisch zur Wurst ist kürzlich gegen einen hiesigen Schlächtermeister eine schwere öffentliche Anklage laut geworden. Jetzt bringt die „Allg. Fleisch-Zig.“ unter Namensnennung über die unappetitliche Angelegenheit folgende nähere Darstellung: Erklärliches Aufsehen erregt die gegen den Schlächtermeister Wilhelm Dürr eingeleitete Untersuchung. Wilhelm Dürr, der einen Verkaufsstell und außerdem einen Marktballenstand besitzt, ist beschuldigt, einen verendeten Hund zu Wurst verarbeitet zu haben. Herr Dürr beschäftigte keinen Gesellen, sondern nur einen Hausknecht, Friedrich Balke aus Dalldorf, der ihm vielfach zu Klagen Anlaß gab. An einem Morgen fand Dürr seinen Hund todt in dem Vorraum der Räucherammer; er war der Meinung, daß Balke, um sich an dem Meister zu rächen, den Hund erschlagen und dann den Kadaver dort untergebracht habe, oder aber daß er den Hund habe erstickt lassen. In seiner Erregung über den Verlust des Hundes prügelte Dürr den Hausknecht durch. Als nun Dürr nach einigen Wochen den Hausdiener entließ, ging dieser zur Polizei und machte dort Meldung, daß Dürr den Hund zu Wurst verarbeitet habe. Ein Wachmeister, zwei Schutzleute und ein Kriminalbeamter des betreffenden Reviers fanden sich alsbald bei Dürr ein und ließen an der von Balke bezeichneten Stelle nachgraben — es fanden sich einige Stücke Därme und eine Schweinetracht. Herr Dürr behauptete, daß er Schweinetrachten, die er in großen Mengen vom Schlachthof bezieht, als Hundefutter verwendet habe, und daß die Därme von einem Schweine stammen; wie weit letztere Angabe richtig, wird das Ergebnis der Herrn Gerichtschreiber Dr. Bischoff übertragenen Untersuchung bald zeigen. Ueber den Verstoß des Hundekadavers befragt, erklärte Dürr, daß er den Kadaver auf seinem bei Reindendorfer belegenen Acker vergraben habe. Die von Dürr dann im Verfeinern der Beamtin auf dem Acker unternommene Ausgrabung blieb bisher erfolglos; der Kadaver ist noch nicht gefunden worden. Da das Verschwinden des Hundekadavers sehr auffällig erscheint, so hat die Staatsanwaltschaft die Sache in die Hand genommen. Das oben zitierte Fachblatt meint, daß zwar die amtliche Entscheidung abzuwarten sei, ist aber doch zu der Annahme geneigt, daß es sich hier um eine unbegründete, nur aus Nachsicht erfolgte Denunziation handle.

Herr Ferdinand Fettehorn, Restaurant Baldschlößchen in Niederbörschhausen, erucht uns um die Mittheilung, daß er sein Lokal zu jeder Versammlung hergiebt.

Polizeibericht. Als am 8. d. M. Abends die Steinträger Mehring und Kobltschke mit mehreren Arbeitsgenossen in einem Kramers von ihrer Arbeitsstelle, auf dem Neubau Reindendorferstraße 87B, nach Hause fahren wollten, wurden sie vor den Häusern Reindendorferstr. 42A und 43 von den Arbeitern Boch, Hausmann, Luch und mehreren unbekanntem Männern überfallen und durch Messerstiche und Schläge nicht unbedeutend verletzt. Streitigkeiten zwischen den Genannten sollen die Veranlassung zu dem Ueberfall gegeben haben. — Am 9. d. M. Morgens wurde im Landwehrkanal, nahe der Unterflusse, die Leiche eines unbekanntem, etwa 35 Jahre alten Mannes angeschwemmt. — Abends wurde ein Mann auf dem Hofe des Grundstücks Schornhorststr. 2 erhängt vorgefunden. — Zu derselben Zeit fuhr der aus Dresden kommende Schnellzug auf dem Inhalter Bahnhofe, vermutlich infolge Versagens der Bremse, über den Pressblock hinaus, so daß Lokomotive und Tender auf dem Bahnsteig standen. Durch den heftigen Anprall wurden die beiden Gepäckwagen zertrümmert, Menschen jedoch nicht verletzt. — In der Nacht vom 10. d. M. sprang ein Mann am Hofsteiner Ufer, gegenüber dem Café Gärtner, in die Spree, wurde jedoch, ohne Schaden genommen zu haben, aus dem Wasser gezogen. — Zu derselben Zeit wurde auf dem Fluß des Hauses Kestelstr. 88 ein unbekanntem, etwa 25 Jahre alter Mann mit einem Messerstich in dem Hinterkopf aufgefunden und nach der Charitee gebracht.

Soziale Ueberblick.

Aus geht folgendes zu: Die Eltern (Vormünder), welche gewillt sind, ihre Söhne Lederarbeiter lernen zu lassen, werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß es sich der Fachverein der Lederarbeiter zur Aufgabe gestellt hat, ihnen in Betreff der Verhältnisse Auskunft zu ertheilen, um der in diesem Gewerbe eingetretenen Verfallsausbreitung einen Damm entgegen zu sehen. Zur unentgeltlichen Auskunftserteilung ist gern bereit der Arbeitsnachweis der Lederarbeiter, Luisen-Ufer 22 bei Sperring. Geöffnet Wochentags Abends von 8-9/4 und Sonntags Vormittags von 10-11/4 Uhr.

Achtung! Berliner Formstecher, Tapetenruder und Berufsgenossen. Infolge des Aufrufs der Arbeiter der Tapetenbranche zu Einbeß bei Hannover, befuß Besichtigung eines daselbst am 2. November d. J. stattfindenden Kongresses, auf dem eventuell eine Organisation der Arbeiter der betreffenden Branche geschaffen werden soll, wäre es höchst wünschenswert, wenn auch die Berliner Arbeiter dieser Branche Stellung nehmen und einen oder mehrere Delegirten, die eben dort die Ansichten der hiesigen Arbeiter zu vertreten hätten, wählen und nach Einbeß senden möchten. Da aber die Zahl der in der Tapetenfabrikation zu Berlin beschäftigten Arbeiter nur eine unbedeutende ist, und dieselben auch nicht die geringste Verbindung unter sich besitzen, so wäre es empfehlenswert, wenn aus jeder Fabrik ein

oder zwei Arbeiter in irgend einem Lokale zusammen kämen und sich zunächst darüber verständigen, ob überhaupt Neigung zu der Mehrtheit der hiesigen Arbeiter zur Besichtigung des Kongresses vorhanden ist. Ergiebt nun diese Vorbesprechung ein derartig günstiges Resultat, so wäre alsdann ein Komitee zu bilden, welches die Regelung der Angelegenheit in die Hand nimmt, eine allgemeine Versammlung sämtlicher Formstecher, Tapetenruder und Berufsgenossen anberaunt und einen Referenten, der über Organisation zu sprechen hätte, bestellt. Bemerkenswert wäre noch, daß die Arbeiter jede Gelegenheit, die ihnen bietet, benützen müssen, um eine Organisation zu schaffen, durch welche sie ihre Interessen und ihre Rechte wahren und ihre soziale Stellung verbessern können. Besteht doch in der That schon ein Verein deutscher Tapetenfabrikanten, dem im Mai d. J. 44 Firmen angehören. Zu diesem „Tapetenring“ zählen auch die Fabrik von Rohmeyer und seine zu Einbeß und 5 Berliner Firmen. Ein Zirkular des Vereins deutscher Tapetenfabrikanten vom Mai d. J., die Beschlüsse einer zu Köln am 27. April d. J. abgehaltenen Hauptversammlung betreffend, befindet sich in unseren Händen. Doch näher hierüber in einer event. stattfindenden Versammlung. Auf alle Formstecher, Tapetenruder und Berufsgenossen, vereinigt Euch und werden zu diesem Zwecke die Vertreter jeder Fabrik eingeladen, sich im Lokale des Herrn Herzberg, Luisenstraße 1, am Sonnabend, den 18. d. M., Abends 9 Uhr, freundlichst einzufinden. Einer für Alle.

Aus Nürnberg geht uns folgender Aufruf zu: Aufruf an alle Bildhauer Deutschlands! Wir ersuchen alle Kollegen, den Zug nach Nürnberg strengstens zu unterstützen, da die Bildhauer der Bayerischen Möbelindustrie hierher ausgezogen sind und der betreffende Fabrikant gesonnen ist, die Arbeit der Kleinmeister billiger herstellen zu lassen, als es bisher in seiner Fabrik von Seite unserer Kollegen der Fall war.

Wir appelliren an Euch stets bewiesenes Solidaritätsgewissen und ersuchen Euch, auf diese Weise uns im Kampfe zu unterstützen, um aus demselben gegenüber den Bestrebungen gewisser Unternehmern, uns als willenloses Werkzeug in ihrem planmäßigen Ausbeutungssystem zu benützen, siegreich hervorzugehen.

Mit kollegialem Gruß
J. A.: A. Werthmüller,
Langeasse 15, Nürnberg.
Alle arbeiterfreundlichen Blätter werden um Abdruck gebeten.

Versammlungen.

Vom Genossen Wildberger geht uns folgende Erklärung zu:

Der Bericht in der gestrigen Ausgabe des „Berliner Volksblatt“ über die Versammlung des Wahlvereins im sechsten Berliner Reichstags-Wahlkreis ist von Anfang bis Ende, trotz seiner Länge, unrichtig und unvollständig.

Ihr Berichterstatter Friedländer scheint sich alle Mühe gegeben zu haben, das Sachliche zu verschweigen, um dem Vorurtheil und der Diskussion über das Parteiprogramm einen mehr persönlich gehässigen Charakter zu verleihen. Den mit dem Parteileben betrauten Genossen werden auch die Gründe dafür bekannt sein. Ich ziehe es deshalb vor, nichts zu berichtigen, mich auf die Erklärung zu beschränken, daß der Bericht nicht weniger als objektiv ist, daß Aeußerungen von mir in einem anderen Zusammenhang gebracht und dadurch ein anderer Sinn untergeschoben wurde, und daß schließlich die Hauptstreichungen im Programm vorzunehmen und Zusätze zu machen, nebst deren Begründung, fast ganz fehlt.

Es scheint demnach, als ob der Bericht für das „Berliner Tageblatt“ und andere Bourgeoiszeitungen, nicht aber für das „Berliner Volksblatt“ geschrieben sei.

G. Wildberger, Luisen-Ufer 18.

Wir haben hierzu nur zu bemerken, daß der hier in Rede stehende Berichterstatter keineswegs „unser“ Berichterstatter ist, sondern daß der Bericht uns so zuzuging, wie er wahrheitsgemäß den sämtlichen Berliner Zeitungen zugesandt wurde. Die.

Vom dem Vorsitzenden des Wahlvereins des sechsten Wahlkreises, Herrn Ernst, geht uns folgende Zuschrift zu: In dem Bericht über die Versammlung des 6. Wahlvereins ist meine Aeußerung, betr. Börner-Red. d. Volksblatts, unrichtig wiedergegeben. Ich sagte: Da die Redaktion des „Berliner Volksblatt“ kein Schiedsgericht von Parteigenossen angerufen ist, Eigenthümlich ist in dem Bericht wieder, daß alle persönlichen Reibereien sorgfältig ausgeführt, daß aber die sachlichen Ausführungen des Genossen Wildberger gar nicht oder sehr gekürzt wiedergegeben sind. Sollte das Absicht des betr. Berichterstatters sein, so sehen wir uns gezwungen, einmal dazu Stellung zu nehmen.
G. Ernst.

2. Wahlkreis. Am 4. d. M. hielt der Wahlverein des 2. Berliner Reichstags-Wahlkreises eine Versammlung in Keller's Hofgasse, Hofenstraße, ab. Die Tagesordnung war folgende: 1. Kasernen und Ferienkolonien. Referent: Stadt. Fris. Juchacz. 2. Diskussion. 3. Berichterstattung der Kommission zur Verbreitung der Arbeiterpresse. 4. Verschiedenes. Der Referent sprach auf den Ausdruck des Generals Vogel v. Falkenstein zu sprechen, welcher sagte, daß Kasernen mit Ferienkolonien zu vergleichen wären, denn der Soldat bekäme dort Fleisch und Brot in Kasernen und Fülle und Idiotie dort so viel essen, als er nur wolle. Referent sprach seine Entrüstung darüber aus, daß die Worte des Generals in den gedruckten Protokollen nicht enthalten sind, daß der Soldat Fleisch und Brot in Fülle und Fülle bekommt, ist ganz unglücklich, dasselbe war einmal der Fall im Jahre 1870 in Frankreich. Da bekam der deutsche Soldat sogar Wein zu trinken, aber von den Verhältnissen könne man jetzt nicht mehr reden. Wenn die Ferienkolonien Platz gegriffen hätten, weshalb wird dann von höchster Stelle der Befehl gegeben, den Soldaten eine bessere Behandlung zu Theil werden soll. Die Behandlung erkennt man am besten daran, daß jährlich Tausende von Militärpflichtigen ihr Vaterland verlassen und heimathlos in der Welt umherirren, um nur nicht in die Ferienkolonien einzutreten zu brauchen.

Daß auch die sonstige Behandlung nicht die Beste ist, beweist der Fall, daß ein Soldat des dritten Garde-Grenadiers-Regiments auf Befehl die Hand in kochendes Wasser halten mußte und dafür erhielt der Unteroffizier 3 Monat Festung und der Soldat 9 M. monatliche Pension. Strenge Disziplin und der Mund halten, das nennt jedenfalls der Herr General Ferienkolonien. Durch den Militarismus wird gerade das arbeitende Volk bis zum Ruin vernichtet, denn die indirekten Steuern sind durch den Militarismus so fürchterlich in die Höhe gedrückt worden, daß dieselben bald nicht mehr zu ertragen sind und daß haben wir bei der letzten Reichstagswahl gesehen. Denn sogar in den entferntesten Provinzen ist unsere Saat gedrungen und sind Stimmen für die Sozialdemokratie abgegeben worden, weil nur die Sozialdemokratie einzig und allein den Militarismus belämpft. Dem Referenten wurde seinen interessanten Vortrag reicher Beifall gezollt. In der Diskussion nahm zunächst Genosse Terwin das Wort, welcher sich ebenfalls in sehr heftiger Weise gegen die militärische Behandlung aussprach. Zum dritten Punkt der Tagesordnung

